3. Jahrgang / Nr. 198

Einzelnummer 25 Pfg.

Schlesische Arbeiter-Zeitung

Parteiblatt der Kommunistischen Partei Deutschlands (Sektion der Kommunistischen Internationale)

Bezugspreis: Einzelnummer 25 Pfg. Durch Austräger 1,50 Mk. für die Woche, 6,10 Mk. für den Monat. Durch die Post 6,10 Mk. für den Monat.
Postscheckkonto Nr. 23 885. „Sozialistischer Verlag e.G.m.b.H." Breslau.
Fernsprech-Anschluß: Ring Nr. 8387.

Dienstag, den 6. September 1921

Anzeigenpreise: Die 8gespaltene Millimeterzeile oder deren Raum 0,80 Mk., auswärts 0,90 Mk. Stellen- und Wohnungsgesuche, Familiennachrichten, Vereins- und Versammlungsanzeigen 0,40 Mk.
Reklame: Die Millimeterzeile, 8gespalten oder deren Raum im Text 3.— Mk.

Die Reaktion mobilisiert.

Die bayerischen Koalitionsparteien haben gemeinsam eine Kundgebung erlassen, deren entscheidender Teil lautet:

„Die bayerischen Koalitionsparteien erkennen es als Pflicht der Reichsregierung wie der Landesregierungen an, gegen die Verhetzung des Volkes und gegen die Bedrohung und Verächtlichmachung des Staates mit allen verfügbaren Mitteln einzuschreiten.

Sie halten es aber für eine selbstverständliche Pflicht der politischen Gerechtigkeit,

daß diese Abwehr gleichmäßig nach allen Seiten erfolgt, von denen Verhetzung und Gefährdung ausgehen.

Die Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August 1921 und die Bestrebungen, die auf eine sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern hinzielen, greift so tief in das einzelstaatliche Eigenleben ein, daß sich aller derer, die in der Beseitigung des eigenstaatlichen Charakters der Länder die größte Gefahr für die deutsche Einheit erblicken, tiefe Erregung bemächtigt hat. Ohne jeden vorherigen Gedankenaustausch mit der bayerisechn Regierung hat die Reichsregierung eine Entscheidung getroffen, die weit in die innerpolitischen Verhältnisse der Länder eingreift. Gegen diese Methode

legen wir entschieden Verwahrung ein.

Die Gefahr eines weiteren unvermittelten Eingreifens in die innerpolitischen Verhältnisse Bayerns durch die Reichsregierung steht bevor. Von der bayerischen Staatsregierung die sofortige und völlige Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern erzwingen zu wollen, ist eine Zumutung, die mit dem Ansehen und der Autorität einer Staatsregierung schwer vereinbar ist. Die unterzeichneten Fraktionen des bayerischen Landtags, hinter denen die überwiegende Mehrheit des bayerischen Volkes steht, und denen die Erhaltung der Einheit des Reiches eben so sehr am Herzen liegt wie die Wahrung der Rechte des bayerischen Staates, ersuchen die Reichsregierung mit aller Eindringlichkeit und mit vollem Bewußtsein ihrer Verantwortung, von Maßnahmen Abstand zu nehmen, die die Interessen von Reich und Staat in gleichem Maße aufs schwerste gefährden können.

Die Reichsregierung darf zu Bayern das Vertrauen haben, daß sie im bayerischen Volk stets einen zuverlässigen Bundesgenossen haben wird, wenn es sich um den Schutz der verfassungsmäßigen Ordnung und Sicherheit in deutschen Landen handelt.

Das bayerische Volk, das nach seiner geschichtlichen Entwicklung und infolge seiner Zusammensetzung einen ausgeprägten demokratischen Geist (!) besitzt, kann jedoch eine einseitige Anwendung außerordentlicher Maßnahmen in keiner Weise billigen.

Die unterzeichneten Fraktionen des bayerischen Landtags geben der Hoffnung Ausdruck, daß die Reichsregierung im Einvernehmen mit der bayerischen Staatsregierung einen Weg finden wird, der geeignet ist, die verfassungsmäßige Ordnung und Sicherheit aufrechtzuerhalten, den schweren Auswüchsen der politischen Kampfmethode in Deutschland, welche nicht hart genug verurteilt werden können, mit Erfolg entgegenzuwirken,

ohne daß Länder im innersten Mark ihrer staatlichen Selbständigkeit getroffen werden,

was statt der von der Reichsregierung angestrebten Ruhe und Ordnung nur neue Unruhen schaffen würde.

München, 1. September 1921.

Die Fraktion der Bayerischen Volkspartei.
Die Fraktion der Bayerischen Mittelpartei.
Die Fraktion der Deutsch-demokratischen Partei.
Die Fraktion des Bayerischen Bauernbundes.

*

Die bayerische Reaktion erklärt der Reichsregierung und der Bourgeoisie ganz Deutschlands bündig, daß von einer Aufhebung des bayerischen Belagerungszustandes keine Rede sein kann. „Wie", ruft sie der deutschen Bourgeoisie zu, „uns wollt ihr wehrlos machen, die wir jeden Augenblick bereitstehen, euch vor den Fäusten der Arbeiter zu beschützen? Seht den Aufmarsch der Arbeiterklasse, seht die Gefahr, die euch von links droht!"

Was hat die Reichsregierung darauf geantwortet? Sie beabsichtige nicht, in der Frage der Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern ohne Fühlungnahme mit der bayerischen Regierung vorzugehen. Der Reichsminister des Innern erklärte, daß er in Abwesenheit des Reichskanzlers noch keine endgültige Antwort geben könne.

Also die vollständige Waffenstreckung der Reichsregierung vor Kahr-Bayern. Sie wagt es nicht, den bayerischen Ausnahmezustand aufzuheben, selbst nicht zugunsten des kleinen Ausnahmezustandes, der in den Händen der bayerischen Staatsregierung auch noch eine ausgesprochene Waffe gegen die Arbeiterklasse sein würde.

Die Arbeiterklasse muß also selber handeln. Soll sie tatenlos zusehen, wie die Hochburg der Konterrevolution unangetastet bleibt, von der die Reaktion neue Ueberfälle auf die Republik und die Arbeiterklasse unternehmen wird? Sie muß die Aufhebung des Ausnahmezustandes in Bayern, sie muß die Entwaffnung und Auflösung der reaktionären Formationen, sie muß die Entlassung aller konterrevolutionären Beamten und Offiziere erzwingen. Sie hat gezeigt, daß sie die Macht dazu besitzt.

Eintritt der Volkspartei in die Regierung?

Das „Zwölf-Uhr-Blatt" teilt mit:

Zwischen dem Reichspräsidenten und dem Abgeordneten Dr. Stresemann sind Vorbesprechungen zu den im Laufe des heutigen Vormittags beim Reichskanzler stattfindenden Beratungen gepflogen worden, die einen erfolgversprechenden Verlauf dieser Beratungen in Aussicht stellen. Die Konferenz beim Reichskanzler hat große innerpolitische Bedeutung, ja, sie dürfte für die deutsche Innenpolitik der nächsten Zeit, sowie für das mit dieser Innenpolitik eng verknüpfte Reparationsprogramm von höchster Wichtigkeit sein. Außer dem Reichspräsidenten nimmt der Präsident des Reichstages, die Führer der Koalitionsparteien und andere hervorragende Politiker und Parlamentarier an den Besprechungen teil. Sowohl die Ereignisse der letzten Zeit in Berlin und in Bayern, wie auch die Verhandlungen Rathenaus mit Loucheur machen wichtige Beschlüsse zur Notwendigkeit.

Trifft diese Mitteilung zu, so bereitet sich geradezu Unglaubliches vor. Der Sinn der etwas verschwommen gehaltenen Mitteilung ist kein anderer, als daß die jetzigen Koalitionsparteien sich anschicken, die Deutsche Volkspartei in die Reichsregierung mit einzubeziehen. Daß die Erschütterung, die durch den Vorstoß der Reaktion und den Gegenstoß der Arbeiterklasse hervorgerufen wurde, zu einer Aenderung in der Zusammensetzung der Regierung führen würde, war von vornherein gewiß. Eine Reichsregierung, deren nächste politische Freunde von der Reaktion gemeuchelt werden, und eine preußische Regierung, in der die Reaktion vollkommen die Oberhand hat, können nicht länger nebeneinander bestehen.

In der ersten Erregung über den Erzberger-Mord sprach der „Vorwärts" von der Sprengung der Koalition im Reiche. Die „Freiheit" forderte die Vermehrung des Einflusses der Arbeiterklasse auf die Regierungen, also den Wiedereintritt der Sozialdemokratie in die preußische, vielleicht auch den Eintritt der Unabhängigen in die Reichsregierung. Schon nach ein paar Tagen wurden die Pflöcke erheblich zurückgesteckt. Von der SPD. wurde nur noch die Forderung des Wiedereintritts in die preußische Regierung aufrechterhalten. Und jetzt verlautet gar, daß die Reichsregierung, in der Sozialdemokraten sitzen, mit Stresemann verhandelt, also sich auf eine Revision des Regierungsbestandes nach rechts einlassen will!

Die Rechtsschwenkung der bürgerlichen Mittelparteien, das Erlahmen der Energie bei den Mehrheitssozialisten und Unabhängigen angesichts des gewaltigen Aufmarsches der Arbeiterklasse ist ganz unverkennbar. Der Einbezug der Volkspartei in die Regierung würde nichts anderes bedeuten, als daß die gemäßigten Teile der Bourgeoisie und die verkleinbürgerlichten Führer der Arbeiterklasse sich selbst mit der Reaktion verbünden, um diese der Notwendigkeit der außergesetzlichen Aktion gegen die Reichsregierung zu entheben und dem Aufmarsch der Arbeiterklasse ein Ende zu bereiten. Dann ade mit der Demokratisierung der Verwaltung, ade mit der Entwaffnung der Reaktion! Die Reaktion wäre dann nicht geschwächt, sondern ungeheuer gestärkt und um eine wichtige Machtposition reicher aus dem Kampfe hervorgegangen.

Noch können wir nicht glauben, daß die Sozialdemokratie, die vor drei Tagen „ganze Arbeit gegen die Reaktion" verlangte und ihre Mitschuld an der Hochpäppelung der Reaktion zugibt, in deren Reihen schon stets schärfste Gegnerschaft gegen die Koalition mit der Volkspartei bestand, sich zu dieser Desertion vom Kampfe gegen die Reaktion, zu diesem blanken Verrat an den Interessen der Republik und der Arbeiterklasse herbeiläßt. Die sozialdemokratischen Arbeiter müssen auf der Wacht sein.

Die russische Arbeiterrepublik und wir.

Im November 1918 zerschmetterte die deutsche Proletarierfaust die Monarchie. Freudiger Hoffnung voll schauten die Arbeiter in jenen Tagen, da in Mitteleuropa die Kronen in den Rinnsteinen rollten, in die nächste Zukunft. Das Bürgertum hatte vor den marschierenden Proletarier-Bataillonen kapituliert. Die Arbeiter waren die Herren der Geschichte. Die neue Republik leuchtete glückverheißend den Enterbten und Geknechteten entgegen.

Noch keine drei Jahr sind seit jenen Tagen vergangen. Die Träume von politischer Freiheit und wirtschaftlichem Aufstieg sind zerstoben. Die Klassengegensätze sind heute schärfer denn je. Die Arbeitermassen stehen im täglichen Kampfe um ihre nackte Existenz. Die Preise für Lebensmittel und alle Bedarfsgegenstände sind so gewaltig gestiegen, daß die gegenwärtigen Löhne bei weitem nicht zur Deckung des täglichen Bedarfes ausreichen.

Das Proletariat ist heute wirtschaftlich genau so unfrei wie vor der Novemberrevolution. Die Produktionsmittel, die Maschinen, Bergwerke, Ländereien und Fabriken sind im Besitz weniger Privateigentümer, die die Warenherstellung in ihrem Interesse betreiben und skrupellos über darbende Proletarierfamilien hinweg ihre Taschen füllen. Die Arbeiter kämpfen bei ihren Lohnforderungen nicht nur gegen das deutsche Kapital, sondern sie müssen gleichzeitig auch in breiter Front aufmarschieren gegen den Ententekapitalismus. Die deutsche Bourgeoisie und mit ihr die sozialdemokratischen Parteien haben sich zur Erfüllung des Versailler Friedensvertrages verpflichtet. Dieser Friedensvertrag ist die Kette, die der deutschen Arbeiterklasse von der eigenen und von der Ententebourgeoisie um den Hals gelegt wird. Ein ungeheuerlicher, in der Geschichte beispielloser Steuerraubzug auf die Taschen der arbeitenden Bevölkerung ist die Folge der Annahme des Versailler Diktats. Was vor Monaten unterschrieben wurde, muß jetzt erfüllt werden.

Die Ermordung des Zentrumsabgeordneten Erzberger durch deutschnationale Verbrecher ist ein Gradmesser für die politische Entwicklung seit den Novembertagen 1918. In den Jahren 1919 und 1920 waren die Kommunisten Freiwild für die Söldnerscharen der Ebertdiktatur und die gefürchtetsten revolutionären Führer wurden der Reihe nach abgeschossen. 1921 ist das Bürgertum mit ermordeten Kommunisten allein nicht mehr zufrieden. Es kommen die Vertreter der Unabhängigen und des radikalen Kleinbürgertums an die Reihe. Die deutschen Arbeiter zögerten keinen Augenblick, diesen letzten Streich der Konterrevolution zu parieren. In ganz Deutschland trat das Proletariat in Riesenkundgebungen zusammen, um der Konterrevolution zu zeigen, daß es nicht gewillt ist, die Kriegsverbrecher und Monarchisten als Führer des Staates zu dulden.

Die Arbeiter sind in diesen Tagen nicht allein auf die Straße gegangen, damit Herr Ebert Reichspräsident bleiben kann, Herr Stegerwald, der preußische Kahr, und das Kabinett Wirth-Bauer in der bisherigen Weise gegen die Besitzlosen die Machtmittel des Staates ins Feld führen können. Nein. Die ausgebeutete Klasse bleibt auch in der demokratischen Republik besitzlos. Gerade in diesen Tagen ist der deutschen Arbeiterklasse mehr denn je zum Bewußtsein zu bringen, daß ihr Schicksal aufs innigste verbunden ist mit dem Wohl und Wehe der Arbeiterklasse der anderen Länder. Die deutsche Revolution ist aufs innigste verbunden mit der russischen Arbeiter- und Bauernrepublik. Stünde nicht im Osten Deutschlands das eiserne Bollwerk der russischen Sowjetrepublik, kämpften nicht Tag und Nacht die russischen Proletarier mit übermenschlicher Willenskraft für die Erhaltung des Proletarierstaates, fürwahr, die Bourgeoisie in Westeuropa, sie würde noch dreister und brutaler das Proletariat in die Verteidigung drängen.

In Westeuropa liegt die kapitalistische Bestie geduckt, um mit ihren scharfen Tatzen der russischen Arbeiterrepublik an die Gurgel zu springen. Trotz der tausend Gefahren, von denen die erste Sowjetmacht der Welt umlauert ist, arbeitet sie unerschrocken und siegessicher an ihrem Werk. Trotz des neuen Feindes, der großen Hungerkatastrophe. Die Sonne sengte und dörrte die Halme auf Wiesen und Feldern. Der Regen blieb aus und glühende Hitze vernichtete alles Leben weit und breit. Eine Naturkatastrophe von riesigem Ausmaß trat als neuer Feind der Sowjetregierung auf. Die Kapitalisten aller Länder begrüßen dieses Ereignis als ihren Verbündeten. Was die Waffen und Aufstände, der Verrat und die Hinterlist der

weißen Generale Koltschak, Denekin und Judenitsch nicht vermocht haben, das soll die Natur jetzt vollbringen. Doch die Spekulationen der Bourgeoisie sind verfehlt. Das internationale Proletariat hat erkannt, daß es um seiner selbst willen zu den russischen Brüdern im Arbeitsrock und Bauernkittel halten muß.

In Europa und Amerika mobilisieren die Arbeiter alle Kräfte zur Hilfe für Sowjetrußland. In den großen Eisenbahnwerkstätten der Vereinigten Staaten so gut wie in den Lokomotivfabriken Deutschlands bauen die Arbeiter an kommunistischen Sonntagen Lokomotiven für Sowjetrußland. In den Arbeitervierteln von Paris und in den Proletarierwohnungen Berlins sitzen zur gleichen Zeit die Frauen des Proletariats und nähen Kleider für die notleidenden Kinder der Hungerdistrikte; es sammeln Geld und Lebensmittel die Fabrik- und Landarbeiter Italiens und die Proletarier in Skandinavien. Aber noch ist die Opferbereitschaft und Opferwilligkeit der westeuropäischen Arbeiter nicht erschöpft. Was haben die Arbeiter in den Kriegsjahren nicht alles erduldet für das Kapital. Sie haben Tag und Nacht, bei Regen und Sonnenschein, bei Frost und Hitze in den Schützengräben und Granatlöchern gehockt. Sie haben in dumpfen Kellerhöhlen angsterfüllt den sausenden Tod über ihren Häuptern gespürt und in banger Sorge gelebt, ob ihre Kinder und Frauen daheim auch nicht dem Hungertod verfallen. Die deutschen Arbeiter haben während des Krieges Uebermenschliches ertragen. Sie wurden beschimpft und geknechtet. Sie litten ärgste Not allüberall — für den Kapitalismus. Jetzt fordert der Sozialismus von ihnen Opfer und die Armen zögern nicht, in treuer Kameradschaft mit ihren Brüdern das Brot zu teilen. Niemand hilft dem Proletariat, wenn es sich nicht selbst hilft.

Auch die Bourgeoisie beteuert unter mitfühlenden Redensarten für die hungernde Bevölkerung, ihren Willen zum Helfen. Der Wille zum Helfen ist in breiten Schichten des Kleinbürgertums gewiß aufrichtig und ohne Hintergedanken. Wie jedoch die Großbourgeoisie aus der gegenwärtigen Lage Sowjetrußlands Kapital zu schlagen versucht, darüber schreibt die Moskauer „Prawda" folgendes: „Zaristische Wertpapiere steigen an der Pariser Börse, denn die Werktätigen hungern. Die Weltbourgeoisie vergießt Tränen über den Hunger in Rußland. Sie erklärt, daß sie angesichts der Not der russischen Massen die Politik vergesse und nur daran denke, wie man am besten den Leidenden helfen könnte. Hilfe hat die Bourgeoisie noch keine erwiesen. Sie „studiert" erst die Maßnahmen für die Hilfeleistungen. Doch gleichzeitig zieht sie bereits aus dem Hunger ihre Profite. Sie trocknet ihre Krokodilstränen und handelt mit zaristischen Wertpapieren zu erhöhten Preisen. Der Hunger erweckt in ihr die Hoffnung, daß die Kräfte des werktätigen Volkes erlahmen werden und daß es sich für ein Stück Brot der Barmherzigkeit bourgeoisier Wohltäter ausliefern wird. Jedes Kind, jede Frau, die an der Wolga am Hunger gestorben sind, realisieren sich an der Pariser Börse. Gold wird aus dem Blut der Arbeiter und Bauern gewonnen, welches sie auf dem Schlachtfelde im Kampfe mit dem Kapital vergießen. Wir fordern die Arbeiter der ganzen Welt auf, die Börsenberichte zu lesen, den Umsatz der russischen Wertpapiere zu verfolgen und den Kapitalismus nicht nach den humanitären Regeln der Bourgeoisie zu beurteilen."

Eine noch deutlichere Sprache reden die russischen Randstaaten. Rumänien konzentriert an der bessarabischen Grenze Truppen gegen Sowjetrußland. Paris ist mit den Abmachungen Nansens sehr unzufrieden. Die 10 Millionen Pfund Sterling Kredit, die für die Hungerkatastrophe durch westeuropäische Kapitalisten bereit gestellt werden sollen, unterstehen nach der Meinung französischer Kapitalisten nicht genügend der konterrevolutionären Kontrolle.

Das deutsche Proletariat ersieht aus diesen Tatsachen, daß die Hilfsaktion für Sowjetrußland für die Bourgeoisie kein humanitäres Werk darstellt, sondern eine politische Operation. Die Beteiligung an der Hilfsaktion ist für die Bourgeoisie in Teil ihres Krieges gegen die Arbeiter- und Bauernrepublik. Für das deutsche Proletariat muß die Solidaritätsaktion für Sowjetrußland in viel höherem Maße als bisher zu einer politischen Aktion werden. Die Weiterentwicklung der Weltrevolution ist für den sozialistischen Aufbau in Sowjetrußland unerläßlich. Andererseits ist der Bestand der russischen Sowjetrepublik eine Voraussetzung für die rote Republik Deutschland. Wenn das russische Proletariat gegen den Hunger kämpft, so kämpft es gleichzeitig für die Freiheit der deutschen Arbeiter. Der unversöhnliche Klassenkampf gegen die herrschende Ausbeuterschicht in Deutschland bedeutet hingegen die wirksamste Unterstützung des russischen Proletariers im Kampfe ums Brot.

Politische Uebersicht.

Reaktionäre Vorstöße im Reichsrat.

Am Donnerstag fand eine öffentliche Sitzung des Reichsrates statt, in der die Reaktionäre aus Bayern und aus den preußischen Provinzen einen scharfen Vorstoß gegen die Reichsregierung unternahmen.

Namens der bayerischen Regierung gab Herr v. Preger dem Bedauern und der Ueberraschung Ausdruck, daß die Verordnung des Reichspräsidenten vom 29. August ohne jede Fühlungnahme mit den hauptbeteiligten Landesregierungen (!) erlassen worden sei. Die Eile, die der Reichsregierung geboten erschien, dürfe keinen Grund abgeben, die Landesregierungen auf einem Gebiet auszuschalten, das bisher als ihr ureigenstes (!) gegolten habe. Die durch die Verordnung erfolgte Ausschaltung sei eine Maßnahme, die schwerste Bedenken der bayerischen Regierung erwecke. Die bayerische Regierung hätte besonders gegen § 6 der Verordnung Bedenken zu äußern gehabt, wenn ihr Gelegenheit gegeben worden wäre, ihre Stellungnahme vorher darzulegen. Sie sei der Anschauung, daß in derartigen Fällen nicht ein aus hohen Verwaltungsbeamten bestehender Ausschuß, sondern ein Gericht Recht zu sprechen habe, wie es im Preßgesetz und in den bayerischen Bestimmungen über den Ausnahmezustand vorgesehen sei. Diesen Bedenken müsse er hier Ausdruck geben, wenn er auch befürchte, daß keine Möglichkeit bestände, daß die Reichsregierung die Verordnung abändere. Er hoffe aber, daß die Reichsregierung beim Vollzug der Verordnung mit den Landesregierungen in Fühlung trete und nicht, wie das bisher geschehen sei, ohne vorherige Fühlungnahme Zeitungsverbote von Berlin aus erlasse.

Noch offener und schärfer ging der Junker von Gayl ins Zeug, indem er namens der Mehrheit der Vertreter der preußischen Provinzialverwaltungen folgende zwei Fragen an die Reichsregierung richtete:

1. Ist die Reichsregierung gewillt und in der Lage, die Verordnung des Herrn Reichspräsidenten vom 29. August gegen das staatsgefährliche Treiben der äußersten Linken anzuwenden?

2. Ist die Reichsregierung im Fall der Bejahung der ersten Frage bereit, ihre Auffassung von der Anwendbarkeit der Verordnung gegen die äußerste Linke zur Beruhigung weiter Volkskreise und zur Stärkung der Staatsautorität in geeigneter Form öffentlich bekanntzugeben?

Reichsminister Dr. Gradnauer entschuldigte die Reichsregierung für ihr Vorgehen und legte den Junkern Rechenschaft ab über das Verhalten der Reichsregierung. Er benahm sich dabei nicht besser als ein Schulbube, der von seinen Lehrern gestäupt worden ist. Er ließ im übrigen durchblicken, daß die Regierung nicht zögern wird, die Ebertverordnung auch gegen die Kommunisten anzuwenden.

Die Regierung gibt nach.

(WTB.) Berlin, 2. September.

Wie wir hören ist das Verbot des Berliner Lokalanzeigers und des „Tag" durch Verordnung des Reichspräsidenten aufgehoben worden.

Amtlich. Bis zum Erlaß der Ausführungsbestimmungen gemäß Paragraph 2 der Verordnung des Reichspräsidenten vom 30. August 1921 über das Verbot des Uniformtragens hat der Reichskanzler mit sofortiger Wirkung die Erlaubnis zum Tragen der Uniform bei Leichenbegängnissen von Kameraden erteilt.

Arbeitermord in Chemnitz.

Chemnitz, 2. September.

Die von der Deutschen Volkspartei dementierten Sedanfeierlichkeiten fanden in anderen Lokalen statt. Die Arbeiterschaft erfuhr davon und demonstrierte dagegen. Vor einem größeren Lokal harrte eine Volksmenge von etwa 3000 Personen. Als die Orgeschjünger dieses Lokal verließen, mußten sie von den empörten Arbeitern eine Tracht Prügel einstecken. Gen. Sievers gelang es, die Erregten zurückzuhalten. Als dann aber die Arbeiter von anderen Sedanfeiern erfuhren, suchten sie in Gruppen alle Lokale ab, um sie zu verhindern. Als eine solche Gruppe in die von feiernden Studenten besuchte Reformschule drang, wurde sie mit Revolverschüssen empfangen, wobei der Arbeiter Gareis getötet wurde.

*

Chemnitz, 3. September.

Heute vormittag wurde in der Reformschule, in der gestern der Bauarbeiter Gareis ermordet wurde, ein schallendes Hoch auf den Mörder von Gareis ausgebracht. Die Bauarbeiter verließen die Arbeitsstätten und demonstrierten in der Stadt. Die Kommunistische Partei Chemnitz verlangt die sofortige Einsetzung eines Untersuchungsausschusses, der sich aus den Vertretern der drei sozialistischen Parteien zusammensetzen soll, die unverzügliche Entwaffnung der Reaktionäre, die Bestrafung aller Mitglieder der Orgesch.

Auch die sächsische Regierung wagt keine Monarchistenentlassungen.

Die sächsische Regierung hat eine Erklärung abgegeben, in der sie die genaue Ausführung der Regierungsverordnung für Sachsen zu betreiben verspricht. Anstatt aber alle Beamten, die Gegner der Republik sind, hinauszuwerfen, „legt die Regierung ihnen nahe, die daraus entstehenden Folgerungen zu ziehen."

Orgesch schießt auf Berliner Arbeiter.

Die Deutsche Volkspartei hatte am Donnerstag Abend eine Sedanfeier in Stralau geplant. Als das der Stralauer Arbeiterschaft bekannt wurde, entsandten die Arbeiter eine Deputation nach dem Festlokal mit der Erklärung, daß jede Sedanfeier verboten sei. Es wurde der Deputation darauf erwidert, daß ihr die Feier gar nichts anginge, im übrigen aber würde kein Sedan gefeiert werden. Als die Deputation dies der draußen harrenden Menge mitteilte, wurde die Arbeiterschaft über diese Provokation erregt und wollte in das Lokal dringen, darauf wurde auf die Arbeiterschaft ein heftiges Gewehrfeuer vom Saale eröffnet. Das Resultat sind verschiedene Verwundete.

Als die Schutzpolizei anrückte, war inzwischen der größte Teil der anwesenden Volksparteiler aus dem Saal geflüchtet und hatte sich im Garten versteckt, der andere Teil war verschwunden, wahrscheinlich durch Flucht in Motorbooten.

Die Schutzpolizei verhaftete die anwesenden Mitglieder der Deutschen Volkspartei; es wurden bei diesen mehrere Revolver und Gummiknüppel gefunden.

Es ist noch zu bemerken, daß die Sipomannschaften vollkommen eins mit den Arbeitern waren.

Orgeschparade in Hamburg.

Die Stahlhelmleute wollen auch in Hamburg einen Vorstoß wagen. F. C. Holtz von der verbotenen „Hamburger Warte", Vorsitzender des Jungbismarckbundes, ruft für Sonnabend, 3. September, zu einer Sedan- und Tannenbergfeier nach Sagebiel die teutschen Mannen zusammen.

Im ganzen übrigen Reich haben diese Veranstaltungen der Stahlhelmleute spontan die Arbeiterschaft auf die Straße gerufen.

Blutige Zusammenstöße in Bremen.

Bremen, 2. September.

[illegible] morgen veranstalteten die Nationalisten trotz des Verbots der Reichsregierung hier innerhalb der Bannmeile eine Demonstration. Der Senat von Bremen hatte diese Demonstration gestattet. Er hat damit also gegen die Reichsregierung Front gemacht. Er hat Sipo, Polizei und Panzerwagen gegen die Arbeiter aufgeboten und die Demonstration der Arbeiter nicht geduldet. Es ist zu schweren blutigen Zusammenstößen gekommen. Eine Anzahl Arbeiter ist schwer verletzt. Die Sipo erklärte, daß sie die Scheißregierung nichts angehe. Die Arbeiterschaft forderte die Reichsexekution gegen Bremen.

Verbotene Tannenbergfeiern.

Die für kommenden Sonnabend und Sonntag angesetzte Tannenbergfeier der Stettiner Reaktionäre unter dem Protektorat von Mackensen, ist vom rechtssozialistischen Polizeipräsidenten Feller auf Grund der neuesten Verordnung der Regierung verboten worden.

*

Auf Grund einer Verfügung aus Berlin ist die [illegible] den morgigen Donnerstag vom „Bund der Aufrec[illegible]" in Breslau geplante Tannenbergfeier verboten worden.

Belagerungszustand in Gleiwitz aufgehoben.

(WTB.) Beuthen, 1. September.

Der Belagerungszustand in Groß-Strehlitz und Stadt und Landkreis Gleiwitz ist aufgehoben worden.

Der Kampf gegen die Regierung Kahr.

In dem Kampfe gegen Kahr-Bayern ist an die Seite der außerbayerischen Arbeiter das bayerische Proletariat selbst getreten. Wie TU. aus Nürnberg meldet, haben die Betriebsräte in Nürnberg in der Nacht zum Freitag zur politischen Lage Stellung genommen und sich für den Kampf gegen die Regierung Kahr ausgesprochen. Ueber die Art, in der dieser Kampf geführt wreden soll, ist noch nichts Näheres bekannt. Es soll auch die Frage erwogen worden sein, Franken von Südbayern abzutrennen und

Höhere Zwecke.

6] Von August Strindberg.

(Schluß.)

Sie wichen nicht, er ging dahin wie der Tod mit der Sense, und er hörte nicht früher auf, bis er jedes einzige niedergestreckt hatte, so daß der Boden mit Splittern bedeckt war. Aber seine Kräfte hatten sich noch nicht erschöpft. Jetzt wollte er die Leichen plündern und Tote und Verwundete sammeln. Lest auf Lest trug er nach der Kirchenwand und häufte sie unter einem Fenster auf. Als das fertig war, kletterte er hinauf, schlug eine Fensterscheibe ein und stieg in die Kirche hinein. Dort drinnen war es ganz hell vom Nordlicht, das vorher von dem hohen Dach der Kirche verborgen gewesen war. Ein neuer Anfall auf die angreifenden Betschemel, die er zu einem Haufen Holzstücke zerschmetterte. Seine Blicke blieben jetzt am Hochaltar haften, wo über der Leidensgeschichte Gottvater auf einer Wolke thronte, den Blitz des Gesetzes in der Hand. Er legte die Arme über die Brust und betrachtete trotzig den strengen Mann auf der Wolke.

„Komm herab, du!" schrie er. „Komm herab, wir wollen ringen!"

Als er seine Herausforderung nicht angenommen sah, ergriff er einen Holzklotz und warf ihn auf seinen Feind. Unter einem Krach wurde ein Gipsornament getroffen, das herabstürzte und eine Wolke Staub aufwirbelte.

Er nahm noch ein Holzstück und noch eins, und warf mit der steigenden Raserei der Enttäuschung. Die Balken fielen Stück für Stück unter seinem überlauten Lachen nieder, der Blitz des Gesetzes wurde aus der Hand des Allmächtigen gerissen; schließlich stürzte das schwere Bildwerk mit einem furchtbaren Getrach auf den Altar nieder und zerschmetterte beim Falle die Leuchter.

Da aber wurde der Lästerer betroffen vor Schreck und sprang zum Fenster hinaus.

Am Morgen des Tages vor Weihnachtsabend hatte jemand aus dem Kirchspiel einen seltsamen Anblick am Pfarrzaun gehabt. Ein Schlitten war aus dem Pfarrhof herausgekommen mit einer Frau, zwei Kindern und einem Knecht, und war westwärts gefahren. Von Osten her, eine Viertelmeile hinter dem Schlitten, war der Priester der Gemeinde hergelaufen und hatte mit lauten Rufen den Schlitten gebeten, zu halten. Der hatte jedoch seine Fahrt auf der Landstraße fortgesetzt und war an einer Krümmung verschwunden. Da war der Priester in eine Schneeweihe gestürzt, die geballte Faust gegen den Himmel erhebend.

Später Nachrichten meldeten, der Priester liege an einem Fieber schwer krank darnieder, und der Teufel habe aus Bosheit darüber, daß er den Diener des Herrn in dem eben ausgefochtenen Kampfe um die Auflösung der Ehe nicht untergekriegt, auf das fürchterlichste in der Kirche gewütet; um aber hineingelassen und dort Macht haben zu können, habe er zuerst alle Kreuze auf dem Kirchhofe niedergebrochen. Was alles zusammen Herrn Peders Ansehen wiederherstellte, ihm sogar einen Schein von Heiligkeit gab, der die Frommen sehr befriedigte, weil sie die treibende Ursache zur Reinigung des Pfarrhofs gewesen waren.

*

Er lag drei Monate krank, und erst im April konnte er ausgehen. Er war alt geworden. Das Gesicht war scharfkantig, die Augen hatten ihren Glanz verloren, der Mund stand halb offen, der Nacken war gebeugt. Auf der Südseite des Hauses hatte er eine Bank, wo er in der Sonnenhitze sitzen konnte, versunken in Träume von der Vergangenheit, die für ihn kaum noch Wirklichkeit besaß, zumal er keine Nachrichten von daheim empfangen hatte, die er einst die Seinen genannt.

Kam dann wieder der Mai mit Blumen und Vogelgesang, Herr Peder ging in seinen Garten und sah, wie das Unkraut überhand nahm; seine süßeren Blumen waren erstorben, weil niemand nach der Bedeckung gesehen hatte; und sie lagen nun wie Lumpen auf der Erde und verwederten. Es fiel ihm nicht einen Augenblick ein, die Beete umzugraben oder etwas dergleichen zu tun, da er niemanden hatte, für den er arbeiten konnte, und keine wartende Hand das junge Wachstum zu schützen versprach. Er blieb beim Gehege stehen und sah über die Landschaft hinaus. Die Ebene lag so sonnig da, und der kleine Bach plätscherte so munter dahin und lockte sein Auge, den kleinen Wellen zu folgen; sie zogen so wunderbar und weckten sein Verlangen, ihnen südwärts zu folgen, wo sie sich im Flug ertränkten. Er machte sein Boot los und setzte sich hinein, ohne die Ruder zu bewegen, und ließ es mit dem Strom treiben. So vergingen einige Stunden.

Plötzlich fühlte er den frischen Duft von knospenden Birken und blühender Frühlingsnacht. Er sah um sich: die Ebene hatte aufgehört, und er befand sich am Fuße des kleinen Birkenwäldchens. Die Erinnerungen an das Vorjahr stiegen auf; leichte, lichte Bilder schwebten heran unter Primeln und Anemonen. Er stieg ans Land und ging den Hügel hinauf. Hier hatten sie ihr Mittag gegessen; hier auf diesem Zweige hing der Rock, nach dem die Jungen mit ihrem Bogen geschossen. Er sah das Bohrloch in der Birke, wo er den Saft ausgezapft und wo die Kleinen mit ihrem Munde gelegen hatten. Die Weide trug noch Narben von dem Messer, wo er Pfeifen abgeschnitten. Er fand einen Pfeil im Grase; wie sie nach dem Pfeil gesucht hatten, dem besten den er je geschnitzt und der über den Wipfel der höchsten Birke stieg. Er ging umher und suchte weiter in Gras und Büschen wie ein Hühnerhund; er kehrte die Steine um, bog die Zweige fort und richtete das Gras vom vorigen Jahre auf, kratzte das Land fort. Was er suchte, wußte er nicht, aber er wollte etwas finden, etwas, das ihn an sie erinnerte. Schließlich blieb er bei einem Weißdornbüsche stehen; da hing ein kleiner Zipfel eines roten Wollenzeuges am Dorn; der wurde vom Winde in Bewegung gesetzt und flatterte wie ein feiner Schmetterling zwischen den weißen Hagedornblüten; ein Schmetterling auf einer Nadel aufgespießt; da kam ein zweiter Windhauch und kehrte ihn um, so daß er das Bild eines blutigen Herzens annahm; eines

den Anschluß an das Reich zu vollziehen.

Dieser Maßnahme der Betriebsräte Nürnbergs gingen am Mittwochnachmittag Ereignisse voraus, die sich nur mit den Verhältnissen in Horthy-Ungarn vergleichen lassen. Nach einer gewaltigen Demonstrationsversammlung der drei Arbeiterparteien im Luitpoldhain, an der sich 50 000 Personen beteiligten, wurden die von den Versammlungsräumen nach dem Stadtinnern zurückflutenden Menschen von Lanzenreitern überfallen, die in der Straße und auf dem Trottoir gegen die vollkommen friedlich dahinziehenden Menschen

Attacke ritten.

Gegen 9 Uhr waren die Straßen geräumt. Nur noch Panzerautos durchsausten die Stadt.

Auch in Augsburg gärt es in der Arbeiterschaft. Das zeigte sich deutlich bei der Demonstration am Mittwochnachmittag. SPD. und USPD. hatten, wie an verschiedenen anderen Orten auch, versucht, die Kommunisten von der Kundgebung fernzuhalten. Die KPD. hat darauf mit einem Flugblatt geantwortet, in dem sie die Arbeiter auffordert, das Eintreten ihrer Organisationen für folgende Forderungen ultimativ zu verlangen:

1. Die sofortige Aufhebung des Ausnahmezustandes.
2. Die Freilassung aller politischen Gefangenen.
3. Die Beseitigung der Regierung Kahr-Poehner-Roth.

In der Versammlung selbst sprachen der Redner der SPD. und der USPD. wohl von der Einigkeit des Proletariats, aber sie hielten es trotzdem für notwendig, vor den Kommunisten zu warnen, obgleich die KPD. erklärt hatte, keine eigenen Aktionen zu unternehmen, sondern in den Reihen der gesamten Arbeiter zu stehen. Die SPD.- und USPD.-Führer fanden mit ihren Verdrehungsmanövern sehr wenig Glauben vor ihrer Anhängerschaft. Sie verstanden es aber trotzdem, durch „Forderungen und Proteste" den offenen Widerspruch der Arbeiter zu verhindern. Das gelang ihnen vor allen Dingen deshalb, weil die Augsburger Arbeiterschaft die Entscheidung über die kommenden Kämpfe in der für einige Tage später einberufenen Versammlung gegen die Teuerung, die mit Diskussion stattfinden soll, erwartet.

Währenddessen verlangt die bürgerliche Presse Bayerns immer wieder erneut von der Kahr-Regierung, im Widerstand gegen Berlin zu verharren. In einem Artikel: „Der Geist der Gewalt" der „München-Augsburger Abendzeitung" nennt ein Freiherr v. Bissing die Reichsregierung einen „Hort finsterster Reaktion", sie versuche nur, „beseelt vom Geiste der Gewalt", sich und ihre Helfershelfer am Ruder zu halten. Dieselbe Zeitung, die als Ersatz der verbotenen „Süddeutschen Zeitung", Stuttgart, nach Württemberg verschickt wird, geifert in einem Bericht aus Stuttgart gegen die „haß"erfüllten „neudeutschen Ministergrößen", denen das durch nichts begründete Verbot der „Süddeutschen Zeitung" zuzuschreiben sei

Bayern kümmert sich also nach wie vor nicht um die Verordnungen der Reichsregierung. Die verbotenen Zeitungen erscheinen trotzdem ruhig weiter, und obgleich dem Reichskanzler Wirth diese Dinge nicht unbekannt sein dürften, hat er doch gegen die bayerische Regierung Worte der Versöhnung gefunden. Wenn die Demonstrationen am Mittwoch mehr gewesen sein sollen, als ein bloßer Spaziergang, so muß die Arbeiterschaft der Reichsregierung zu erkennen geben, daß sie gewillt ist, die vorgeführte Macht auch gegen Kahr-Bayern wirklich einzusetzen.

Die Massendemonstration in Erfurt.

Erfurt, 2. September.

Am Donnerstag, den 1. September, fand in Erfurt eine gewaltige Demonstration der SPD., USPD. und KPD. statt. Nachmittag 4 Uhr versammelten sich die Massen auf dem Friedrich-Wilhelms-Platz. Es sprachen Redner aller drei Parteien. Die Zahl der Teilnehmer war ungefähr 20 000 Personen. Im Anschluß an die Versammlung formierte sich ein riesiger Demonstrationszug, der durch die Hauptstraßen der Stadt zog.

Der Generalstreik in Insterburg.

Der Generalstreik, der anläßlich der blutigen Vorgänge am Sonntag in Insterburg proklamiert wurde, dauert weiter. Die Stadtverordnetenversammlung hat die Forderungen der Arbeiterschaft abgelehnt. Die Forderungen sind:

1. Die städtischen Körperschaften übernehmen die würdige Bestattung des Toten auf städtische Kosten und bewilligen den Hinterbliebenen eine Rente;
2. bestätigt die Nachprüfung die gegen die berittene Schupo erhobenen Beschuldigungen, so ist die Polizeitruppe aus der Stadt zu entfernen. An der Untersuchung sind auch zwei von der Gewerkschaft zu benennende Arbeiter zu beteiligen:
3. Magistrat und Regierungspräsident sagen zu, beim Herrn Oberpräsidenten um die Aufhebung des Ausnahmezustandes vorstellig zu werden;
4. die Preise für Brot werden unverzüglich einer Nachprüfung unterzogen und keinesfalls höher bemessen, als die Brotpreise in Königsberg sind. (Hierbei ist zu bemerken, daß die Brotpreise in Insterburg infolge des schamlosen Wuchers der Bäcker die höchsten in Ostpreußen sind. Die Red.);
5. alle Streikenden werden sofort wieder eingestellt.

Die Arbeiterschaft verharrt geschlossen im Generalstreik, dessen Führung in den Händen des örtlichen Gewerkschaftskartells resp. einer Streikleitung liegt. Drei Genossen der KPD. sind in der Streikleitung. Ordner mit roten Armbinden sorgen für Aufrechterhaltung der Ruhe und Ordnung auf Veranlassung der Streikleitung. Die Bürgerschaft Insterburgs hat einen Aufruf zum Gegenstreik erlassen. Ebenso hat sie einen Aufruf an die Landwirte des Kreises Insterburg gerichtet, in dem sie die Landwirte auffordert, bis auf weiteres nichts in die Stadt zu liefern. Hier wird zum erstenmal von der Bourgeoisie versucht, die Aushungerungstaktik gegen die Arbeiterschaft anzuwenden. Trotz alledem wird es der vereinten Kraft der Arbeiterschaft gelingen, diesen Kampf siegreich zu beenden.

Für die Einheitsfront des Proletariats.

Der „Freiheit", unserem Parteiorgan für den Bezirk Niederrhein, entnehmen wir:

„Die Arbeiter- und Angestelltenschaft von Hamborn und Umgegend hat in riesigen öffentlichen Versammlungen zur Lage Stellung genommen und ihre Betriebsräte in allen Versammlungen einstimmig beauftragt, alle nötigen Schritte zu unternehmen.

In Erledigung dieses Auftrages, zugleich im Interesse der gesamten deutschen Arbeiter- und Angestelltenschaft wenden wir uns an alle Arbeiter-, Angestellten- und Beamtenverbände, sowie an alle Spitzenorganisationen mit der Aufforderung, dafür wirken zu wollen, daß

1. ein allgemeiner Demonstrationstag, wie vorgeschlagen, auf den 10. September 1921 festgelegt wird,
2. daß alle Lohnforderungen pp. gemeinsam auf den 18. September befristet werden,
3. daß unter keinen Umständen vor Ablauf dieses Termins Organisierte und Unorganisierte sich zu Kampfhandlungen (Streiks) hinreißen lassen,
4. daß alle Arbeiter und Angestellten, deren Forderungen bis zum 18. September nicht bewilligt sind, mit dem 19. September früh in einen allgemeinen Lohnstreik eintreten (Generalstreik),
5. daß sofort die Vorstände pp. aller Arbeiter- und Angestelltenorganisationen zu einer Reichstagung zusammenberufen werden und daß der ADGB. mit der Festsetzung des Termins und dem Arrangement beauftragt wird.

Agitationskomitee der Betriebsräte, Groß-Hamborn,
i. A. Paul Neugebauer."

Ausland.

Der Westungarputsch nur Vorpostengefecht der Habsburgs-Restauration.

Wien, 2. September.

Der ungarische Vorstoß gegen Westungarn ist nur der erste Teil eines geplanten großen Vorstoßes unter karlistischer Führung, der sich auch gegen die Slowakei richten soll und später die Wiederaufrichtung der Habsburger Monarchie beabsichtigt. Die Lage in Westungarn ist nicht verändert. Die ungarischen Terrortruppen richten sich in ihrer „Zone" ein, ihr Widerstand verstärkt sich. Zu ihrem Oberkommandanten ist Stefan Friedrich, der bekannte Weißgardist und Exminister, gemacht worden. Graf Sigray hat die ungarischen Truppen an einigen Stellen weiter vorrücken lassen. Alles deutet darauf hin, daß es sich dabei um ein Vorpostengefecht eines groß angelegten karlistischen Anschlages handelt, der mit der Wiedereroberung ehemals ungarischer Gebiete nur beginnen soll. Die Stimmung der Arbeiterschaft verlangt immer energischer Bewaffnung des Proletariats.

Der Völkerbundsrat und Oberschlesien.

(WTB.) Genf, 1. September.

Die Sitzung der außerordentlichen Session des Völkerbundsrates, die sich mit der oberschlesischen Frage befaßt, dauerte nur eine knappe halbe Stunde. Es wurde darauf eine amtliche Mitteilung ausgegeben, die u. a. sagt:

1. Um dem Rat die Möglichkeit zu geben, sich in völliger Unabhängigkeit eine Meinung über die ihm unterbreitete Frage zu bilden, sind seine Mitglieder einmütig zu der Auffassung gekommen, daß es wünschenswert sei, eine vorläufige Prüfung der Frage durch Vertreter von Belgien, Brasilien, China und Spanien vornehmen zu lassen, also von solchen Staaten, die an den vorangegangenen Untersuchungen und Beratungen nicht teilgenommen haben.

2. Sie werden das Recht haben, Berichte einzufordern und technische Beiräte zu berufen. Einwohner des oberschlesischen Gebietes — Deutsche sowohl wie Polen — können berufen werden, um mündlich Auskünfte über die Ortsverhältnisse zu geben.

Der Völkerbundsrat hatte den Antrag, einen vollständigen Verhandlungsbericht über die heutige Sitzung herauszugeben, angenommen, woraus ersichtlich ist, daß sämtliche Vertreter einig waren. Balfour und Bourgeois erklärten zu diesem als die ersten ausführlich ihre Zustimmung. Die Annahme des Beschlusses bedeute nicht, daß die Ratsmitglieder in irgendeinem Momente sich nicht für den Fortgang der Angelegenheit interessieren würden, sondern daß sie in ihre Kollegen das Vertrauen für die Arbeit setzen. Sie würden aber unaufhörlich mit ihnen in Kontakt bleiben, um den Stand ihrer Arbeit zu prüfen.

Der Sonderberichterstatter des W. T. B. meldet dazu:

„Der Mittwoch und Donnerstag Vormittag war den Ratsmitgliedern freigegeben worden, damit sie sich in das umfangreiche Aktenmaterial vertiefen konnten. Die Herren scheinen aber wenig zu solchen wissenschaftlichen Studien gekommen zu sein, da die freie Zeit zu zahlreichen privaten Zusammenkünften und Beratungen zwischen den einzelnen Ratsmitgliedern benutzt wurde. Besonders bemerkt wurde, daß Bourgeois (Frankreich) und Balfour (England) lange miteinander verhandelt haben. Von den französischen Pressevertretern wird eifrig für die Sforza-Linie Stimmung gemacht, und man will in der Vermutung, daß Imperiali (Italien) die weitere Berichterstattung übernimmt, den Anhaltspunkt darin sehen, daß die letzten italienischen Vorschläge wieder in den Vordergrund rücken."

Obwohl diese Meldung zunächst noch bestätigt werden muß, scheint es doch nicht unwahrscheinlich, daß schon an einem Kompromiß eifrig gearbeitet wird. Die französische und die englische Presse verhalten sich in der letzten Frage zur oberschlesischen Frage merkwürdig still, nachdem bis vor etwa einer Woche die heftigsten Debatten gegeneinander geführt wurden. Das Ergebnis dieser ersten Völkerbundsratssitzung ist zunächst eine klare Verschleppung der ganzen Angelegenheit, und Aufschübe pflegen Kompromissen vorauszugehen.

Der Kampf um die erste Milliarde.

(EE.) Paris, 3. September.

Die französischen Morgenblätter bringen ausführliche Mitteilungen über den gestrigen Ministerrat. Doumer teilte mit, in der Finanzministerkonferenz erklärt zu haben, daß er seine Unterschrift nur mit dem Vorbehalt gebe, daß der französische Ministerrat diese Abmachungen der Finanzministerkonferenz später ratifiziere. Loucheur erklärte, daß die Abmachungen der Finanzministerkonferenz den Bestimmungen des Versailler Friedensvertrages widersprächen, sie greifen auch in die Rechte der Reparationskommission ein. Wenn man aber von den deutschen Guthaben die Besatzungskosten bezahlen lassen wolle, dann falle die ganze Wiederaufbaukombination in sich zusammen. Briand erklärte, daß der Wert der Saarbergwerke noch nicht festgestellt sei. Frankreich schätze diese auf 300 Millionen, die Deutschen auf 1200 Millionen. Welches aber auch der Wert sei — vorläufig sei er nicht in Bargeld umgesetzt, und vorläufig ist es auch nicht möglich, ihn umzusetzen. Wenn man sich auf das Abkommen von Spa beziehe, könne man nur jene Summen aufrechnen, die man in bar erhalten habe. — Der Minister für Pensionen erklärte,

> wenn Frankreich von der ersten deutschen Milliarde nichts erhalten solle, dann würden sich die anderthalb Millionen Tote aus ihren Gräbern erheben, um zu protestieren.

Briand erklärte, wenn das von Doumer bedingungsweise unterschriebene Abkommen angenommen würde, hätten die Alliierten selbst den Versailler Friedensvertrag und das Londoner Abkommen verletzt. Die Beschlüsse der Finanzministerkonferenz wurden nun einstimmig vom Ministerrat abgelehnt, worauf die bereits mitgeteilte Resolution für neue Verhandlungen der Alliierten angenommen wurde. Die Wiesbadener Abmachungen beschloß man nicht zu ratifizieren, sondern abzuwarten, ob die deutsche Regierung dies tun werde. Denn Frankreich wünsche nicht Gefahr zu laufen, daß Deutschland diese Abmachungen ablehne.

Die Einheitsfront gegen die Reaktion — wird für die bürgerliche Demokratie reklamiert!

„Petit Parisien" (kleinbürgerlich) schreibt: Nach den riesigen Demonstrationen in Berlin und mehreren großen Arbeiterzentren in Deutschland ist es unmöglich, das Vorhandensein der demokratischen Kräfte, die durch ihre Anzahl und ihre Disziplin Eindruck machten, zu bezweifeln. Gewiß ist die Gefahr eines reaktionären Staatsstreiches noch nicht beseitigt, aber solange die Alliierten sich am Rhein befinden und die deutschen Sozialisten klug genug sind, die bäuerliche Bevölkerung und die Bourgeoisie nicht durch Gewalttaten zu erschrecken, kann man zu hoffen beginnen.

„Evening Standard" erklärt, zu der Mitteilung ermächtigt zu sein, daß das Londoner Außenamt die Entwicklung der politischen Krise in Deutschland mit lebhafter Aufmerksamkeit verfolge, da es ein unzweifelhaftes Interesse der Alliierten sei, daß das Kabinett Wirth nicht gestürzt werde. Aus diesem Grunde habe Downingstreet auch mit der holländischen Regierung Fühlung genommen wegen der Telegramme, die der Exkaiser kürzlich an seine Anhänger in Deutschland richtete. Die englische und die holländische Regierung seien der Ansicht, die Absendung derartiger Telegramme bedeute eine Verletzung des Asylrechts. Das holländische Kabinett soll dem Blatte zufolge bereits energische Vorstellungen in Doorn erhoben haben.

Herzens, das einem Opfer aus der Brust gerissen und am Baum des Hains aufgehängt war. Er nahm ihn vom Busch herunter, hielt ihn vor seinen Mund und atmete ihn an, er küßte ihn und verbarg ihn in seiner Hand. Hier hatte sie „kriegen" mit den Jungen gespielt; und die waren ihr aufs Kleid getreten.

Er legte sich ins Gras nieder und weinte. Er rief ihren Namen; er rief den Namen der Kinder. Er weinte solange, bis er vor Ermattung in Schlaf sank.

Als er erwachte, blieb er eine Weile liegen und sah mit halbgeschlossenen Augen über die grüne Grasmatte hinweg, und seine Blicke blieben auf einem großen Weidenbusch haften, dessen gelbe Fransen wie goldene Kornähren im Sonnenschein hingen. Das Weinen hatte ihn beruhigt und ein gewisses Wohlbehagen hervorgerufen: Kummer und Freude hatten aufgehört und seine Seele befand sich in vollkommenem Gleichgewicht. Warum sein Auge gerade auf dem Weidenbusch ruhte, kam daher, daß der in seine Gesichtslinie eingestellt war. Ein schwacher Wind setzte die Zweige in eine leise, schaukelnde Bewegung, was so beruhigend auf sein verweintes Auge wirkte. Plötzlich hielten die Zweige des Busches mit einem augenblicklichen Ruck inne, es prasselte, und eine Hand bog die Aeste zur Seite; es erschien ein sonnenbeleuchtetes Frauenbild, in das Gold der Weidenblüten und das Grün des zarten Laubes eingefaßt. Er lag eine Weile da und betrachtete den schönen Anblick, wie wenn man ein Bild ansieht. Da begegneten seine Blicke ihren, die aus dem Busch hervorschossen wie zwei Strahlen; sie zündeten gleichsam Feuer an in seinem erloschenen Geist. Sein Körper erhob sich vom Boden und seine Füße trugen ihn vorwärts; seine Arme streckten sich aus und im nächsten Augenblick fühlte er ein kleines, warmes Wesen an seiner harten Brust ruhen, die sich wieder mit den Hauchen des Lebens füllte, und in einem langen Kuß schmolz das Eis, das so lange seinen Geist gefangen gehalten hatte.

*

Acht Tage später kam der Archidiakon zu Besuch ins Pfarrhaus von Rasbo. Er fand Herrn Peder blühend und mit seinem Leben zufrieden. Der Diakon hatte ein Anliegen auszurichten, das ihn etwas betreten und um den rechten Ausdruck verlegen machte.

„Man habe Gerüchte in der Gemeinde gehört, die bis an den Fuß des Erzbischofsstuhls gedrungen wären. Nun müßte man allerdings nicht alle Gerüchte glauben, aber schon die Tatsache, daß ein Gerücht entstehen könne, sei halber Beweis. Herr Peder — um nun gerade auf die Sache loszugehen — solle Zusammenkünfte mit einem Weibe gehabt haben. Der Erzbischof habe sattsam den Sturm wahrgenommen, den die päpstliche Bulle von der Scheidung hervorgerufen. Der heilige Vater habe selbst das Grausame in dem neuen Gesetz erkannt: sei darum darauf bedacht gewesen, durch eine besondere licentia occulta — eine heimliche Erlaubnis — das Leben der Geistlichen weniger sauer zu machen. Das Weib wäre nun einmal der Genius der Häuslichkeit."

Hier stockte der Redefluß und mit einer leisen, kaum hörbaren Stimme flüsterte der Sendbote Christi seine heimliche Erlaubnis hervor.

Herr Peder antwortet:

„Die Kirche erlaubt dem Priester nicht, eine Frau zu haben, wohl aber eine Mätresse?"

„Nicht so starke Worte! Forsta, Haushälterin nennen wir es."

„Nun denn," sagte Herr Peder, „wenn ich denn meine Frau zur Mätresse nehmen will, so hat die Kirche nichts dagegen?"

„Nicht so, nicht so! Jede andere, aber nicht sie! Die Zwecke der Kirche! Erinnert Euch!"

„Die höheren Zwecke der Kirche waren es! Also um das Erbrecht aufzuheben und zu Landbesitz zu kommen, forderte die Kirche die Scheidung, nicht der Sünde wegen. Ihr haltet also unerlaubten Erwerb von fremdem Eigentum für höhere Zwecke. Nun denn, mit der Kirche will ich nichts zu schaffen haben! Tut mich in den Bann, und ich werde es für eine Ehre ansehen, aus der Gemeinschaft der vortrefflichen Kirche ausgeschlossen zu werden: setzt mich ab, und ich werde soweit fort sein, ehe ihr eure Plakate habt schreiben können, daß ihr niemals meine Spur finden werdet!

Herr Diakonus, grüßt den Heiligen Vater und sagt ihm, daß ich sein schmutziges Angebot nicht annehme; grüßt ihn und sagt, die Götter, die unsere Vorväter über den Wolken und in der Sonne verehrten, seien viel größer und vor allem reiner als diese römischen und semitischen Kuppler und Eintreiber, die ihr uns aufgeschwatzt; grüßt ihn und sagt, daß ihr einen Mann getroffen, der sein ganzes übriges Leben der Aufgabe widmen werde, Christen zum Heidentum zu bekehren; und daß ein Tag kommen werde, an dem die neuen Heiden Kreuzzüge gegen den Statthalter Christi und seinen Anhang führen würden, die den Brauch einführen wollen, Menschen lebend zu opfern, während die Heiden sich damit begnügten, ihre zu töten. Und nun, Herr Diakonus, nehmt eure Dekretalen auf den Rücken und eilet eurer Wege, ehe ich euch durchpeitsche. Ihr seid mit euren unsichtbaren höheren Zwecken nahe daran gewesen, zwei Menschen nur hier am Orte zu töten, und das ganze Reich ruft Fluch über euch. Geht mit meinem Fluch, brecht euch die Beine auf der Landstraße, fallt im Graben um, möge der Blitz euch erschlagen und Straßenräuber euch plündern; mögen eure toten Angehörigen umgehen und euch bei Nacht auf der Brust reiten; mögen die Brandstifter euer Haus in Brand stecken, denn ich schließe euch hiermit aus der Gemeinschaft aller ehrlichen Menschen aus, wie ich mich selbst aus der heiligen Kirche ausschließe! — Hinaus!"

Der Diakon blieb nicht lange im Pfarrhof, und Herr Peder verweilte dort auch nicht, denn seine Frau und Kinder erwarteten ihn bei der Birkenhöhe auf dem Wege zur Ansiedlung, die Herr Peder oben im Walde an der Grenze von Westmanland anlegen wollte.

Gewerkschaftliches.

Lohnbewegung der städtischen Arbeiter in Köln.

Köln, 2. September.

10 000 städtische Arbeiter lehnten in einer Massenversammlung das Angebot der Stadtverwaltung ab und bestehen auf ihrer Forderung einer Zulage von 1,50 M. pro Stunde und Kinderzulagen nach dem Maßstab, wie sie den Beamten gewährt werden.

Die rechtssozialistische „Rheinische Zeitung" hatte in einem Artikel dem kommunistischen Stadtverordneten Bingen wegen Streikpropaganda unter den städtischen Arbeitern denunziert und verleumdet. Dieses Verhalten wurde in einer in der Versammlung angenommenen Resolution auf das schärfste verurteilt.

Ultimatum der Großberliner Gemeindearbeiter.

Die am 2. September in der Bockbrauerei tagende Vollversammlung der Funktionäre der Gemeindebetriebe Groß-Berlins nahm den Bericht der Lohnkommission entgegen. Kollege **Pollenske** berichtete über die verschiedentlichen Verhandlungen mit dem Magistrat. Im Anschluß daran stellte Kollege **Lietloff** von den Elektrizitätswerken den Antrag, **von jeder Diskussion abzusehen, um dem Magistrat zu zeigen, daß sein Angebot absolut undiskutabel sei. Der Antrag wurde einstimmig angenommen.** Außerdem wurde ein Beschluß, den die Elektrizitätsarbeiter in der am 1. September stattgefundenen Vollversammlung gefaßt hatten, gegen wenige Stimmen angenommen. In dem Antrag wird

dem Magistrat ein Ultimatum bis zum 8. September gestellt; falls mit diesem Tage die Verhandlungen nicht endgültig abgeschlossen sein sollten, würden die Kollegen zu dem schärfsten Mittel, dem Streik, greifen. Außerdem wird in dem Antrag von den sozialistischen Fraktionen in der Stadtverordnetenversammlung verlangt, sich gegenüber jeder Preiserhöhung für Gas, Wasser, Elektrizität und Straßenbahn ablehnend zu verhalten. Die Funktionäre stehen auf dem Standpunkt, daß in der Deckungsfrage die besitzende Klasse schärfer herangezogen werden soll, daß ferner die Vorschläge der Betriebsräte in bezug auf Betriebsverbesserungen, die die Produktivität der Werke heben würden, befolgt werden sollen.

Drohender Streik der Transportarbeiter in Düsseldorf.

Wie die „Dena" meldet, haben die Düsseldorfer Transportarbeiter zum 31. August die Lohntarife gekündigt und die Forderung auf eine 50prozentige Lohnerhöhung gestellt. Die teilweisen Zugeständnisse der Arbeitgeber wurden von den Arbeitnehmern für unzureichend erklärt, worauf die Verhandlungen abgebrochen wurden. Betroffen werden die Transportarbeiter der Schrott- und Eisenlager, die Hafen- und Speditionsarbeiter, die Fuhrleute, Möbeltransporteure, Handelshilfsarbeiter und die Transportarbeiter der Lebensmittel-, Drogen-, Chemikalien-, Textillager- und Luxusbetriebe. Im Bezirk Gelsenkirchen ist bei den gestrigen Verhandlungen ein Schiedsspruch gefällt, der eine Lohnerhöhung vorsieht, die sich etwa auf der Höhe der für die Bezirke Mülheim und Duisburg zugestandenen Lohnzuschläge hält. Im Bezirk Remscheid sind die Verhandlungen noch nicht zum Abschluß gelangt. Dem Vorschlag der Arbeitgeber auf Einführung der sozialen Entlohnung sind die Arbeiter mit der Forderung auf Einheitslohn entgegengetreten. Neue Verhandlungen finden am 2. September statt.

Der Streik in Halle geht weiter.

Die Halleschen Metallarbeiter haben gestern über die Weiterführung des Streiks abgestimmt. Es stimmten 2794 **für** und 423 **gegen** die Fortsetzung des Ausstandes.

Ostpreußische Landarbeiter gegen die DLV.-Bürokratie.

Die Landarbeiter, Landarbeiterinnen und Freiarbeiter von Promitten und Umgegend, vertreten aus 15 bis 20 Ortschaften, erhoben schärfsten Protest gegen die Handlungsweise des Kreisleiters **Beyer** vom DLV. Die Versammlung stellte folgendes fest:

1. ist eine große Vernachlässigung der einzelnen Ortsgruppen in der Aufklärungsarbeit festzustellen, da nur ganz wenige Versammlungen abgehalten worden sind,
2. die Geschäftsführung sowie die gesamte Tätigkeit im Interesse der organisierten Arbeiterschaft ist eine so nachlässige, daß bei weiterem Bestehen dieser fahrlässigen Kreisleitung vollständigste Zerrüttung des Verbandes eintreten muß,
3. die Ortsgruppe Caymon stellte am 29. Mai zwei Anträge. Diese sind bis heute, den 21. August, noch nicht behandelt worden. Die Versammlung spricht gegenüber diesem Gebahren der Kreisleitung ihre schärfste Mißbilligung aus.

Weiter wurde folgender **Antrag** angenommen: „Wir Landarbeiter, Landarbeiterinnen und Freiarbeiter von Promitten und Umgegend, vertreten von 15 bis 20 Ortschaften, erheben schärfsten Protest gegen die fortwährend steigende Teuerung. Wir beauftragen die Kreisleitung des DLV. Labiau, sofort Schritte zu unternehmen, um eine ausgleichende Lohnerhöhung durchzusetzen. Gleichzeitig verlangen wir von unserer Organisation in kürzester Frist über den Gang der eingeleiteten Maßnahmen in Versammlungen unterrichtet zu werden."

Hüttenarbeiterstreik im Saargebiet.

Saarbrücken, 2. September.

„Die gesamte Belegschaft der Völklinger **Hüttenwerke** sind nach Ablehnung des Schiedsspruches heute, Freitag, den 2. September, in den Streik getreten. In Frage kommen etwa 5000 Arbeiter.

In der **Fertigindustrie** sind die Einigungsverhandlungen gescheitert. Die Unternehmer erklärten, Lohnerhöhungen nur bewilligen zu können, wenn die Preise für Kohlen und Elektrizität heruntergehen. **Der Streik der etwa 4500 Arbeiter geht daher weiter.**"

Bei den Hüttenwerken handelt es sich um einen Schiedsspruch, der in jetziger Zeit, der andauernden Preissteigerung, eine Lohnherabsetzung von 15 Centimes pro Stunde für berechtigt erklärt. Daß sich die Arbeiter mit allen Mitteln dagegen wehren, ist selbstverständlich.

Es ist dieselbe Arbeiterschaft, die schon vor ca. 8 Wochen durch einen kurzen Streik gegen den damals im Einverständnis einiger Verbandsbürokraten erfolgten Lohnherabsetzung Sturm lief. Mit den schäbigsten Mittel wurden damals von einigen Außerdammer „Größen" der streikenden Arbeiterschaft Knüppel zwischen die Beine geworfen, und der Kampf in fast der gesamten Presse als ein kommunistischer Putsch erklärt. Nun zeigt es sich, daß die **Arbeiter** die Verräterreien zu büßen haben, und daß die Kommunisten recht hatten.

Gegen Belagerungszustand und für die Freilassung der politischen Gefangenen.

Da der **Reichstag** erst am 27. September zusammentreten wird, trat gestern der in der Verfassung vorgesehene **Ueberwachungsausschuß** zusammen, der den Reichstag während der Zeit seiner Ferien vertreten soll. Unser Genosse **Stoecker** forderte die **sofortige Aufhebung des Belagerungszustandes in Bayern** und eine **Amnestie für die politischen Gefangenen**. Er wies darauf hin, daß der Ausnahmezustand in Bayern seit Kriegsausbruch, also seit Juli 1914 bestehe und in der ganzen Zeit nahezu ausschließlich gegen die Linke angewandt worden ist. Die Kommunistischen Partei sei es seit langem unmöglich, in Bayern weder öffentliche noch Mitgliederversammlungen abzuhalten. Neue Verhandlungen mit der bayerischen Regierung hätten gar keinen Zweck, der ständige Ausschuß müsse als Vertretung des Reichstages sofort beschließen, daß der Ausnahmezustand in Bayern aufgehoben sei. Auf die Zweifel des Vertreters der Volkspartei, Dr. **Kahl**, über die verfassungsmäßigen Rechte des Ausschusses gab es eine lange Debatte, in der sich insbesondere die Unabhängigen als verfassungstreu erwiesen und glaubten, daß der ständige Ausschuß einen solchen Beschluß gar nicht fassen könnte. Deshalb wollten sie einen Beschluß des Ausschusses, der den Reichspräsidenten auffordert, den Belagerungszustand aufzuheben. Hinter ihrer sonderbaren Verfassungstreue verbarg sich das Bestreben, der Reichsregierung nur keine Schwierigkeiten zu bereiten. Diese hatte den Wunsch geäußert, durch weitere Verhandlungen alle Möglichkeiten zu erschöpfen. Genosse Stoecker wies mit Recht darauf hin, daß jedes weitere Verhandeln, zumal nach der Rede des bayerischen Regierungsvertreters, von **Preger**, nutzlos sei und nur eine energische Tat die bayerischen Monarchisten in ihre Schranken zurückweisen könne.

Da die gegenwärtigen Zustände in allen Aemtern des Reiches, sei es in der Verwaltung, Justiz oder dem Heere nicht die geringste Gewähr dafür böten, daß die notwendigen Säuberungen dieser Behörden von monarchistischen und reaktionären Elementen durchgeführt und ferner die restlose Entwaffnung der monarchistischen Organisationen durchgesetzt werden, forderte unser Redner im Auftrage der Partei die sofortige **Einsetzung eines proletarischen Ueberwachungsausschusses**, der die gesamte Säuberungs- und Entwaffnungsarbeit zu leiten habe. Außerdem sei notwendig die sofortige **Aufhebung des Heineschen Schießerlasses**.

Der neuen Ausnahmeverordnung der Regierung stehe unser Redner mit dem allergrößten Mißtrauen gegenüber, da nahezu 3 Jahre lang die gesamten Ausnahmegesetze nur gegen links angewandt worden seien. Nach allen gemachten Erfahrungen sei es geradezu unverantwortlich, die Ausführung dieser Verordnung in die Hände der örtlichen Polizeibehörden zu legen. **Der Fall von Stettin zeige schon, daß das neue Ausnahmegesetz wiederum gegen die Arbeiterschaft ausgenützt wird.** Selbstverständlich lehne seine Partei dieses Gesetz ab. Dann erinnerte unser Redner an die Tausende von Proletariern, die durch die bisherigen Ausnahmegesetze und Ausnahmegerichte auf lange Jahre in Gefängnissen, Zuchthäusern und Festungen schmachten und forderte, daß der Ausschuß sofort beschließen solle, die Reichsregierung aufzufordern, dem Reichstag ein Amnestiegesetz vorzulegen. Es war interessant, daß sich der Führer der Rechtssozialisten, Otto **Braun**, gegen den von uns vorgelegten Amnestiegesetzentwurf mit der Bemerkung wandte, dadurch würde ja auch den Mördern von Erzberger und Gareis Amnestie erteilt. Diese Begründung ist deswegen sehr interessant, weil bisher die Amnestiegesetzentwürfe der Kommunisten mit der Begründung abgelehnt wurden, daß in ihnen nur den linken Elementen Amnestie erteilt würde. Unsere Fraktion wird den Rechtssozialisten durch eine entsprechende Aenderung des Gesetzentwurfes Gelegenheit geben, zu zeigen, ob sie wirklich gewillt sind, den Tausenden von Opfern der heutigen Klassen- und Ausnahmejustiz die Freiheit wiederzugeben.

Der Reichskanzler **Dr. Wirth** stellte in seiner Rede an den bayerischen Gesandten die Frage, was er damit sagen wolle, wenn er meine, die Regierung habe sich immer mehr nach links entwickelt. Die Regierung stehe lediglich auf dem Boden der Verfassung und lasse sich nur von sachlichen Gründen leiten. Vor allen Dingen sind es außenpolitische Gesichtspunkte, die die Handlung der Reichsregierung seit Monaten bestimmen. Es sei unbegreiflich, daß sich für gewisse nationalistische Veranstaltungen hervorragende Persönlichkeiten hergeben, die ja früher selbst große politische Verantwortlichkeit getragen haben und die Folgen ihres Tuns übersehen konnten.

Die Rede des bayerischen Gesandten Präger habe drohend geklungen und kein anderes Land führe eine solche Sprache. Der Reichskanzler betonte, er habe sich stets besonders bemüht, Bayern entgegenzukommen. Es liege ihm fern, den Weg zu gehen, der zum Konflikt führe. Die Reichsregierung habe zwar bei Erlaß der neuen Verordnung bei Bayern nicht vorher angefragt, aber der Reichskanzler erklärt, die Verantwortung dafür übernehmen zu wollen. Es gelte jetzt, so rasch wie möglich, die Quelle der Verhetzung zu stopfen, und da, sagt er, sei leider in Bayern nicht alles in dieser Richtung Notwendige geschehen. Die Verordnung der Reichsregierung bezüglich des Verbots des Tragens der Uniform sei ein Akt der Notwehr, um Schlimmeres zu verhüten. Die bayerische Regierung habe bisher mit zweierlei Maß gemessen. Der Reichskanzler erklärte, er wolle in aufrichtigen Verhandlungen versuchen, jedem Konflikt vorzubeugen und bittet die bayerische Regierung hierin um ihre Unterstützung.

Die Rede des Reichskanzlers Wirth läßt erkennen, daß die Regierung nicht gewillt ist, den Widerstand der Kahr-Regierung zu brechen, sondern schon heute gegenüber Bayern den Ton der Entschuldigung für die erlassenen Verfügungen anschlägt und durchblicken läßt, daß sie zu Konzessionen bereit sei.

Kommunistische Anträge.

Im Auftrage der Kommunistischen Partei stellte und begründete Genosse **Stoecker** am Freitag im Ständigen Ausschuß des Reichstages folgende Anträge:

Gegen den Belagerungszustand in Bayern.

„Der Ständige Ausschuß als Vertretung des Reichstages (Artikel 35 der Reichsverfassung) wolle beschließen:

die bayerische Landesregierung gemäß Artikel 48, Absatz 4, Satz 2 der Reichsverfassung aufzufordern, die Verordnungen über den **Ausnahmezustand in Bayern sofort aufzuheben**."

*

Für Entwaffnung der Reaktion und proletarischen Selbstschutz.

„Der Ständige Ausschuß als Vertretung des Reichstages verlangt von der Regierung unverzüglich die energischsten Maßnahmen, um die restlose Entwaffnung aller reaktionären Formationen (Orgesch, Einwohnerwehr, Stahlhelm, Roßbach usw.) und die Entfernung aller offenen und verkappten Monarchisten und Reaktionäre aus der Verwaltung, Reichswehr und Justiz durchzusetzen. Beide Maßnahmen können nur durchgeführt werden unter tatkräftiger und umfassender Mitwirkung der organisierten Arbeiter, Angestellten und Beamten. Zur **zentralen** Ueberwachung und Ausführung dieser Maßregeln ist sofort ein **Ausschuß von Vertretern der Gewerkschaften und der proletarischen Parteien** einzusetzen.

Zur raschen und energischen Durchführung im Lande sind Bezirks- und Lokalausschüsse einzusetzen, denen zur Erfüllung ihrer Aufgaben die dafür erforderlichen Rechte eingeräumt werden müssen.

Der Ständige Ausschuß als Vertretung des Reichstages fordert ferner die sofortige **Bildung eines organisierten Selbstschutzes der schaffenden Massen** gegen die monarchistische und militaristische Gegenrevolution."

*

Für Aufhebung des Schießerlasses.

„Der Ständige Ausschuß als Vertretung des Reichstages (Artikel 35 der Reichsverfassung) beschließt:

die Landesregierung Preußens aufzufordern, den seinerzeit vom preußischen Minister des Innern herausgegebenen Erlaß über die sofortige **Verwendung der Schußwaffe bei der Flucht von Gefangenen sofort aufzuheben**."

*

Freilassung der politischen Gefangenen.

„Der Ständige Ausschuß fordert von der Reichsregierung sofort nach Zusammentritt des Reichstages die Vorlegung folgenden **Amnestiegesetzentwurfes**:

Amnestiegesetz.

§ 1.

Für alle politischen Straftaten, die bis zum Inkrafttreten dieses Gesetzes verübt worden sind, **wird Amnestie gewährt.**

Straffrei sind auch Handlungen, die **im Zusammenhang mit politischen Straftaten** begangen worden sind.

Als politische Straftaten gelten insbesondere diejenigen, die in unmittelbarem oder mittelbarem Zusammenhang mit den **Unruhen in Mitteldeutschland** oder des im Anschluß hieran erfolgten Einrückens bewaffneter Formationen in verschiedenen Gebieten oder Orten begangen wurden.

§ 2.

Soweit Straffreiheit gewährt wird, werden die verhängten Strafen **nicht vollstreckt**, die anhängigen Verfahren **eingestellt** und neue nicht eingeleitet.

Gegen Beschlüsse des Gerichts, durch welche die Einstellung des Verfahrens abgetrennt wird, findet Beschwerde an einen vom Reichstage aus seinen Mitgliedern gebildeten Ausschuß statt. Dieser hat binnen einem Monat nach seiner Anrufung zu entscheiden. Der Ausschuß ist verpflichtet, seine Tätigkeit auch während der Vertagung des Reichstages auszuüben.

§ 3.

Vermerke über Strafen, die nach diesem Gesetz erlassen werden, sind **im Strafregister zu tilgen**.

§ 4.

Diejenigen, denen durch dieses Gesetz Straffreiheit gewährt wird, können auch zivilrechtlich für die amnestierten Handlungen nicht in Anspruch genommen werden.

§ 5.

Dieses Gesetz tritt mit dem Tage der Verkündigung in Kraft.

Der Ständige Ausschuß fordert den Reichspräsidenten auf, in der Zwischenzeit bis zum Zusammentritt des Reichstages von seinem Begnadigungsrecht den weitestgehenden Gebrauch zu machen."

Vor dem Generalstreik im Ostrauer Revier.

Reichenberg, 31. August 1921. Die Arbeiter der chemischen Industrie, die Metallarbeiter und die Ziegelarbeiter haben sich in einer Resolution einstimmig bereit erklärt, den Kampf der Bergleute zu unterstützen, weil dieser nur durch die tatkräftige Solidarität der gesamten Arbeiterschaft siegreich beendet werden könne. Es ist also mit dem Ausbruch des Generalstreiks im gesamten Ostrau-Karwiner Bezirk zu rechnen.

„Dělnický Denník" berichtet: Die tschechischen, deutschen, polnischen kommunistischen Organisationen im Ostrau-Karwiner Revier richteten an ihre Mitglieder einen Aufruf, dem Proletariat der Tschechoslowakei als erste mit einem praktischen Beispiel voranzugehen und sich überall in den nächsten Tagen zu einer einheitlichen Organisation zu vereinigen. Zu diesem Zwecke findet am 18. September 1921 ein Kongreß der Kommunisten statt, auf dem die bisher getrennten Abteilungen ihre Verschmelzung zur einheitlichen Sektion der Kommunistischen Internationale beschließen und ein gemeinsames Exekutivkomitee gewählt wird. Dieser Schritt ist um so notwendiger, als das Proletariat knapp vor sehr schweren Kämpfen steht.

Herabsetzung der Löhne der englischen Buchdrucker.

Die Löhne der englischen Buchdrucker sollen um 7 Schilling und 6 Pence für Männer und um 3 Schilling für Frauen herabgesetzt werden, wogegen sich die Mehrheit der Arbeiter sträubt. 14 Gewerkschaften mit insgesamt 250 000 Mitgliedern sind an dieser Angelegenheit beteiligt.

11000 Tonnen Lebensmittel für die Kinder Rußlands.

In dieser Woche gehen 11 000 Tonnen Lebensmittel nach Riga ab, die von Wohltätigkeitsorganisationen für die notleidenden Kinder in Rußland zur Verfügung gestellt wurden.

Beilage

Das Geschäft belebt sich.

G. F. Die bürgerliche und menschewistische Presse verzeichnet mit Wohlbehagen die pünktliche Erfüllung der im Londoner Ultimatum geforderten Goldzahlungen. Die Folge ist, daß der Wert der Mark stetig sinkt und nicht mehr weit vom Tiefpunkt entfernt ist. Die Preise steigen wieder, allen voran die Preise des unentbehrlichsten Lebensmittels, des Brotes, und des unentbehrlichsten Produktionsmittels, der Kohle. Aber auch die Preise der anderen Waren folgen in raschem Tempo. Der kapitalistische Staat zahlt pünktlich seine Schulden. Aber er kann nur ein pünktlicher Zahler sein, indem er die arbeitenden Massen außerstande setzt, auch nur die dringendsten Lebensnotwendigkeiten zu bezahlen. Die Geldentwertung ist eine indirekte Steuer, die sich von anderen indirekten Steuern darin unterscheidet, daß sie die Einnahmen des Staates nicht erhöht, sondern von den Kapitalisten eingezogen wird, daß sie von den arbeitenden Massen bezahlt wird, deren Lebenshaltung sinkt, während der kapitalistische Mehrwert steigt, daß sie die Einnahmen des Staates nicht erhöht, sondern seine Ausgaben. Während in der ganzen kapitalistischen Welt die Krise weiter um sich greift und die Preise fallen, steigen die Preise in Deutschland, und die Unternehmer wittern wieder gute Konjunktur.

Das amtliche „Reichsarbeitsblatt" vom 15. August stellt in einem Artikel mit dem Titel „Steigende Preise und geringe Kaufkraft" fest, daß die Zeichen einer Belebung des Geschäftsganges einzelner Industrien im Juli deutlicher hervorgetreten seien, als im Juni. Besonders in der Textil- und Bekleidungsindustrie, daneben auch in der Eisenindustrie sei die Absatzstockung, die Monate hindurch bei der Erschöpfung der Kaufkraft zu verzeichnen war, durch einen zum Teil auffällig regen Bestellungseingang aus dem Inlande abgelöst worden; die Besserung beschränke sich allerdings im wesentlichen auf die genannten Industrien.

Das „Reichsarbeitsblatt" konstatiert die „Belebung" mit einem lachenden und einem weinenden Auge. Das lachende Auge blickt auf die wiedereinsetzende Konjunktur, das weinende Auge ist auf den in nicht allzu großer Entfernung sich bemerkbar machenden Krach gerichtet. Die Belebung des Geschäftes ist nicht etwa auf eine Besserung der Absatzmöglichkeit zurückzuführen. Die Unternehmer rechnen viel weniger mit einem Wachsen des Absatzes, als mit einem Wachsen der Finanzkatastrophe des Reiches, die die Geldentwertung weiter und die Preise in die Höhe treibt. Deshalb suchen sie sich so rasch wie möglich — noch bevor die Preissteigerung sich voll ausgewirkt hat — mit Waren einzudecken, um das Risiko der sicher zu erwartenden Preistreiberei von sich abzuwälzen und den arbeitenden Massen aufzuladen, denen sie bei anhaltender Preissteigerung Wucherpreise und Wucherprofite abzwingen können.

Das „Reichsarbeitsblatt" äußert ihre Skepsis über das Anhalten der guten Konjunktur wie folgt:

„Aus der Belebung des Bestelleingangs ein Wiedererstehen der Kaufkraft ableiten zu wollen, würde ein schwerer Irrtum sein. Das Darniederliegen der deutschen Kauf- und Kapitalkraft tritt am greifbarsten im Außenhandel in Erscheinung. Auch im Inlande würde es sich noch krasser darstellen, als es schon geschieht, wenn es nicht gemildert wäre durch die Wirkungen einer wachsenden Flucht vor der Währung; denn stärker und stärker kommt das Bestreben zum Durchbruch, das Höchstmaß des aufzubringenden Kapitals (unter Ausnutzung der Höchstgrenze des Kredits) in Sachgüter umzusetzen, weil bei den dauernd sich verschlechternden Währungsverhältnissen die Umsetzung der Werte in Sachgüter die verhältnismäßig größere Sicherheit bietet."

Der Proletarier ist nicht in der Lage, vor der Währung zu fliehen; selbst wenn es ihm gelingt, dem Unternehmer eine Lohnerhöhung abzuzwingen, so folgt eine um so größere Preiserhöhung auf dem Fuße. Die Geldentwertung trifft ihn doppelt: Es sinken seine Lebenshaltungskosten und es steigt der Abzug vom Lohne. Die Folgen der entwerteten Währung treffen — je mehr ihnen der Kapitalist entflieht — um so mehr den Proletarier. Die Unternehmer beeilen sich, das entwertete Papiergeld in Ware zu verwandeln. Sie verwenden für diesen Zweck nicht nur ihr eigenes Geldkapital, sie spannen auch ihren Kredit bis zur äußersten Grenze an, weil der Besitz der Waren ihnen die Aussicht bietet, durch Preiswucher die arbeitenden Massen so weit auszusaugen, daß die Unternehmer für alle künftigen Besitzsteuern im voraus entschädigt und die Lasten allein den arbeitenden Massen aufgebürdet werden.

Die Preissteigerung und die damit zusammenhängende Geschäftsbelebung ist also fast ausschließlich ein Mittel der Steuerhinterziehung und Steuerabwälzung. Eine andere Frage ist, ob die produzierten und aufgehäuften Waren auch wirklich abgesetzt werden können. Von der Stärkung der heimischen „Kaufkraft" haben die Kapitalisten wenig Interesse. Wenn die Profite erhalten werden und die Abwälzung der Steuerlasten auf das Proletariat durchgeführt werden sollen, darf der Reallohn nicht steigen, sondern muß fallen. Der Absatz im Innern muß also weiter sinken. Der sinkende Inlandsabsatz müßte also durch einen steigenden Auslandsabsatz ausgeglichen werden. Dazu ist aber wenig Aussicht vorhanden, weil ohnehin die deutschen Warenpreise zum Teil höher sind als die Weltmarktpreise. Wenn die Preise weiter steigen, muß die Konkurrenzfähigkeit weiter geschwächt werden. Die Erzgruben in Hessen liegen still, weil die Preise für lothringische Erze billiger sind als für deutsche und weil die deutschen Unternehmer deshalb lieber französische als deutsche Erze verhütten. Die „Frankfurter Zeitung" vom 14. August schreibt darüber:

„Von der Regierung wird die Unterstützung des heimischen Erzbergbaues, etwa durch bestimmte Kontigentierung der Eisenerzeinfuhr, gefordert, sofern nicht die Hütten selbst durch bessere Abnahme der heimischen Erze die Behebung der Absatzschwierigkeiten gewährleisten."

Die deutschen Erzpreise sind also so hoch, daß die Erzgruben nur Absatz finden, wenn sie durch Einschränkung der Einfuhr vor der ausländischen Konkurrenz geschützt werden. Aber noch mehr als das deutsche Kapital zum Schutze gegen die ausländische Konkurrenz, ist das ausländische Kapital zum Schutz vor der deutschen Konkurrenz gezwungen. Daher die sich speziell gegen Deutschland richtenden Antidumping-Gesetze in England, Frankreich, Italien, Spanien, Amerika usw. Wenn also trotz der Zollmaßnahmen gegen die deutsche Schleuderkonkurrenz die Ausfuhr steigen soll, müssen die Preise statt zu steigen sinken. Dieselben Unternehmer, die zum Zwecke der Steuerabwälzung die Preisschraube wieder schärfer ansetzen, sind deshalb gegen Lohnerhöhungen, weil sie nur ein Mittel sehen in ihrer Konkurrenzfähigkeit aufrechtzuerhalten: den Abbau der Löhne, die wachsende Verelendung. Die Arbeiter sind aber gezwungen, sich gegen Preiserhöhungen und Lohnabbau zur Wehr zu setzen. Die Preissteigerung, die die Abwälzung der Steuern ermöglichen soll, verhindert den Absatz der Waren. Der momentanen Belebung der Produktion muß also ein um so schärferer Rückschlag folgen, der geringen Abnahme der Arbeitslosigkeit ein um so schärferes Anwachsen. Dies um so mehr, als auch die Hoffnungen auf beträchtliche Wiederaufbaulieferungen und Wiederaufbauprofite zu Grabe getragen werden müssen. Das französische Kapital verzichtet auf einen Teil der Kohlenlieferungen, weil die deutschen Kohlenlieferungen die unverkäuflichen Kohlenvorräte vermehren und die Warenpreise noch weiter herabdrücken. Sie haben noch mehr Anlaß, auf weitere Sachleistungen zu verzichten, die die Krise ihrer eigenen Industrie steigern müssen.

Wenn die Steuerabwälzung der Kapitalisten nicht gelingt, weil der Warenabsatz stockt, so muß der Widerstand der Kapitalisten gegen jede Belastung des Besitzes sich verschärfen und gleichzeitig muß die Produktionssabotage zunehmen, damit zwei Fliegen mit einer Klappe geschlagen werden: die Befreiung von Besitzsteuern und die Aushungerung der Arbeiter zum Zwecke des Lohnabbaues. Deshalb genügt es nicht, wenn die Arbeiter, Angestellten und Beamten sich durch Erkämpfung höherer Löhne und Gehälter vor der Abwälzung der Wiedergutmachungslasten auf ihre Schultern zu schützen suchen, es genügt nicht, daß sie für schärfste Heranziehung des Kapitals zur Steuerleistung und für Entlastung der arbeitenden Massen kämpfen, sie müssen den Kampf verbinden mit dem Kampf für die Verfügung der Arbeiter, Angestellten, Beamten und Kleinbauern über die gesamte Produktion und Verteilung.

Opferbereite Frauen und Mädchen
errichtet überall
Nähstuben für die Rußlandhilfe!

Wirtschaftliches.

Die Wirtschaftskrise in Amerika.

Die Wirtschaftskrise in Amerika kommt auf der einen Seite in steigender Arbeitslosigkeit, auf der anderen Seite in Konkursen und einen Rückgang der Umgründungen zum Ausdruck. So hat die Bethlehem Shipbuil Corporation in Quincy von 4000 Arbeitern 2500 entlassen, während sie die verbleibenden 1500 nur einige Tage in der Woche beschäftigt, ist die Waffenfabrik Smith & Wessem Company in Springfield für die Dauer eines Monats geschlossen worden.

In den ersten sechs Monaten dieses Jahres stellten 9010 Firmen ihre Zahlungen in Höhe von 378 Millionen Dollars ein. In der gleichen Zeit des Vorjahres waren die entsprechenden Zahlen 2927 Firmen und 101 Millionen Dollars. Im Juli fanden 1483 Zahlungseinstellungen in Höhe von 56 Millionen Dollars statt. Die Zahl der Umgründungen erreichte im Juli mit 517 Gesellschaften mit einem Kapital von 100 000 Dollar und darüber, im ganzen mit einem Kapital von 261 Millionen Dollars die geringste Ziffer seit 1918

Der Kapitalmarkt spiegelt die Krise in dem Rückgang der verlangten neuen Kapitalien wider. 2 117 966 000 Dollars in den ersten sechs Monaten des Vorjahres stehen 1 588 161 000 Dollars in der gleichen Zeit dieses Jahres gegenüber. Die Unverkäuflichkeit der Waren verhindert die Neuanlage der Kapitalien in industriellen Unternehmungen.

Beim amerikanischen Stahltrust lagen an unerledigten Aufträgen Ende Juli 4 830 000 t. Mit früheren Terminen vergleicht sich diese Ziffer wie folgt:

Ende Juli	1917	—	10 844 000 t
„ „	1918	—	8 919 000 t
„ „	1919	—	5 579 000 t
„ „	1920	—	11 118 000 t
„ Juni	1921	—	5 118 000 t
„ Juli	1921	—	4 830 000 t

Die Lebenshaltung in Amerika.

Auch in den Vereinigten Staaten hat die Weltwirtschaftskrise die Lebenshaltung des Proletariats nicht verschont, wie vorliegende Ziffern, die dem „Statist" entnommen sind, andeuten. Danach betrug die Lebenshaltungsindexziffer

1913	1914	Juni 21	Juli 21	August 21
100	85	162,2	155	218

Die Teuerung ist seit 1913 also um das 2,2fache gestiegen. Die deutschen Ziffern zeigen eine 17- bis 20fache Teuerung an. Der Abstand zwischen den jetzigen Löhnen und den Lebenshaltungskosten in beiden Ländern beträgt für Amerika 40 Prozent höchstens und für Deutschland 130 Prozent, was soviel bedeutet, daß die Löhne in Amerika nur um 40 Prozent, die in Deutschland aber um 130 Prozent erhöht werden müssen, um mit der Teuerung Schritt zu halten.

Die Parteipresse zum Parteitag.

Das Zentralorgan der KP. Oesterreichs, „Die Rote Fahne" in Wien, schreibt über den Ausgang des Parteitages in Jena:

„Der Parteitag unserer deutschen Bruderpartei in Jena hat also nicht die Hoffnungen erfüllt, die unsere Feinde (alten und neueren Datums) heimlich auf ihn setzten: anstatt der erwarteten „Spaltung" und „Zerschlagung" der Partei sehen wir in Jena den Willen zum einheitlichen Vorgehen, den Willen zum Kampf deutlicher denn je.

Als das wichtigste Ergebnis des Parteitages ist zu betrachten, daß er sich restlos auf den Boden des Dritten Kongresses stellte.

Die Beschlüsse des Parteitages .... sind um so mehr zu begrüßen, wenn man sich die gegenwärtige innerpolitische Situation in Deutschland vor Augen hält. Das Land ist erfaßt von einer Streikwelle, die alle Fundamente des Wirtschaftslebens fortzuspülen droht, zu den gewaltigen Lohnkämpfen kommen die Steuerkämpfe hinzu. Die Ereignisse der letzten Tage, die Schüsse auf Erzberger, haben wieder alle üblen Gase der Reaktion nach außen getrieben. Vor dem deutschen werktätigen Volke steht die eine gewaltige Aufgabe: sich zusammenzuschließen, über die Köpfe seiner Führer hinweg, die Einheitsfront von unten zu schaffen und gemeinsam den aktiven Kampf gegen die Reaktion und die Ausbeutung aufzunehmen. Die Kommunistische Partei wird sich der Aufgabe gewachsen zeigen, die ihr der historische Moment auferlegt.

*

Im „Basler Vorwärts", dem Organ der Schweizer Kommunisten, schreibt —r:

„Erst am vierten Tage des Kongresses gelang es, eine Einigung zu finden beim entscheidenden Punkt, der Stellungnahme zu den Beschlüssen des Dritten Kongresses und der Märzaktion. Mit der bekannten „deutschen Gründlichkeit" wurde in einer fast endlosen Diskussion, die stets wieder neu aufflammte, gestritten; nachdem die „Berliner Linke" sich zuerst der „Einheitsresolution" angeschlossen hatte, wurde die Opposition von der gegenwärtigen äußersten Linken, den Hamburgern, wieder aufgenommen. Ihre Abänderungsanträge wurde zum Teil in die Resolution der „zentristischen" Zentrale aufgenommen; da stellte die Rechte (Maltzahn, Braß usw.) ihrerseits neue Anträge; sie wurden vom Parteitag alle mit allen gegen 6 bis 10 Stimmen abgelehnt, worauf die Rechte am Schluß gegen die gesamte Resolution stimmte. Ihre paar Stimmen zeigten augenfällig, wie verschwindend der in der Partei verbliebene leviticsch-opportunistische Rest noch ist. Der „Fall Levi" ist von der KPD. erledigt! Den nachhaltigsten Eindruck machte es, als die markanteste Persönlichkeit des ganzen Kongresses, die greise Klara Zetkin, für die Resolution stimmte!

Die Krise, die die Partei in diesen Wochen erschütterte, war schwer — das soll nicht verheimlicht werden: um so größer ist die Befriedigung darüber, daß sie jetzt überwunden ist. Der Weg ist frei für die fruchtbare Arbeit der Partei. Große Aufgaben harren ihrer; das zeigte der weitere Verlauf der Diskussion. Die kommenden Steuerkämpfe, die Arbeit in den Gewerkschaften, die Ausbesserung des organisatorischen Aufbaues werden besprochen und die hier bestehenden Probleme glücklich gelöst.

Der Parteitag der KPD. hat Arbeit geleistet, die für die gesamte Kommunistische Internationale von der fruchtbringendsten Auswirkung sein wird."

*

In der Halleschen „Tribüne" schreibt Argus unter der Ueberschrift: „Kritische Streiflichter zum Jenaer Parteitag" u. a.:

„Das zähe, anstrengende Ringen der Parteitagsmehrheit um eine klare, eindeutige Formulierung der Resolution zum Weltkongreß hat bedauerlicherweise bei der Abfassung der Resolution zu den Steuern und Wirtschaftskämpfen, die in ihrer Tendenz wie in ihrem logischen Aufbau durchaus zu begrüßen ist, zu einigen Uebertreibungen geführt, die geeignet sind, die Entwicklung der Steuer- und Wirtschaftskämpfe, die uns bevorstehen, zu hemmen und zu beeinträchtigen. Der entschlossene Kampfeswille gegen alle opportunistischen Tendenzen in der Partei veranlaßte eine Anzahl der linken Genossen zu einer im einzelnen unzweckmäßigen Formulierung dieser Resolution. Man wollte vor allem allen opportunistischen Auslegungskunststücken des rechten Flügels einen Riegel vorschieben. Dabei hat man aber an manchen Stellen der Entschließung des Guten ein wenig zuviel getan. Aus der Befürchtung heraus, daß eine klare, scharfumrissene Begrenzung und Definition des Problems des Staatskapitalismus, das durch die Frage der Goldwertbesteuerung aufgeworfen ist, gewissen opportunistischen Tendenzen innerhalb der Partei Vorschub leisten könnte, ist man zu einer Formulierung gelangt, die das strittige Problem nur in seiner negative Seite herausarbeitet, seine positive Seite für den proletarischen Klassenkampf und die soziale Revolution aber fast völlig unberücksichtigt, ja, sogar fast unerwähnt läßt. Die Gerechtigkeit gebietet uns jedoch, festzustellen, daß die Schuld an diesem fühlbaren Mangel der Resolution nicht ausschließlich die Linke des Parteitages trifft, sondern daß daran die Rechte mindestens in demselben Maße beteiligt ist.

... Es wird späteren Auseinandersetzungen in der Presse und in den Versammlungen vorbehalten bleiben müssen, die Frage zu entscheiden, ob das vom Parteitag in seinem Steuerprogramm stark affichierte Problem der Produktionskontrolle der Ausgangspunkt oder ein gewisser Endpunkt in den kommenden Kämpfen zu bilden haben wird. Wir selbst sind nicht geneigt, die vom Parteitag aufgestellte These als der Weisheit letzten Schluß zu betrachten. Auf alle Fälle ist die ganze Frage durch die Annahme der Resolution zu den Steuer- und Wirtschaftskämpfen nicht endgültig entschieden, sondern sie kann und wird nur gelöst werden durch die Praxis des Kampfes selbst, den ihr gesellschaftlicher Untergrund gebiert.

... Wir selbst können uns beim besten Willen der Befürchtung nicht verschließen, daß die von Moskau mit so viel Nachdruck propagierte Ueberbrückungsstrategie für die Parteien ganz andere Folgen zeitigen wird, als ihre Urheber sich erträumen ließen. Durch das krampfhafte Zusammenbringen geistig mehr oder minder widerstrebender Elemente in die Leitung der Partei in einem Ausmaß, das in keiner Weise dem wirklichen Kräfteverhältnis innerhalb der Partei entspricht, kann unseres Erachtens die Märzkrisis der Partei auf keinen Fall liquidiert werden. Die Levi-Opposition war schon lange vor dem Parteitag in den breiten Mitgliedermassen glatt erledigt. Der Hinauswurf von Geyer, Düwell und Waldemar auf dem Parteitag selbst hatte ihr die letzten wertvollen Stützen im Lande entzogen. Durch die durch nichts gerechtfertigte Einräumung der Hälfte der Sitze in der Zentrale der Partei an die bisherige Opposition wird dieser an exponiertester Stelle nun mit einem Male ein Gewicht verliehen, das sie niemals zuvor besessen hat und das sehr leicht zu einer deutlich sichtbaren Verschiebung der politischen Linie der Gesamtpartei nach der opportunistischen Seite hin führen kann."

*

Unser Kölner Bruderblatt, die „Sozialistische Republik" schreibt über das Ergebnis des Parteitages:

„Das Ergebnis der einwöchigen Verhandlungen liegt in Gestalt der zur Annahme gelangten Beschlüsse und der getätigten Neuwahlen zu den Hauptkörperschaften der Organisation vor. Im Lande wird nunmehr im Anschluß an die Berichterstattung die Frage aufgeworfen werden, ob die von der Parteimitgliedschaft auf Jena gesetzten Erwartungen erfüllt, ob insbesondere die Aufgaben gelöst sind, die die Situation in unserer Partei der diesjährigen Tagung gestellt hatte. Und weiter ist die Frage angebracht, ob von Jena aus ein neubelebender Geist der Stärkung und Sammlung unserer Parteimitglieder und ein Geist mitreißender Gewalt auf die unserer Bewegung noch fernstehenden Proletariermassen ausgehen wird. Es ist unsere feste Ueberzeugung, daß nach Beseitigung der meisten inneren Hemmungen die Partei jene Spannkraft und Kräftigung durch den Parteitag erfahren hat, die für eine erfolgreiche revolutionäre Tätigkeit unbedingt notwendig sind. Es war eine Musterung und Mobilisierung der aktivsten Elemente unserer Partei; und unbeschadet sachlicher Abweichungen kam dennoch von allen Seiten immer wieder das Gelöbnis, die Aktivität und den Offensivgeist in unserer Partei wachzuhalten, weiter zu pflegen und den Kampflosungen entsprechend zu steigern.

... Ueber die Einzelfragen, auf die noch zurückzukommen sein wird, sind die Leser dieser Zeitung bereits unterrichtet worden. Es scheint jedoch notwendig, noch auf ein Ergebnis hinzuweisen, das im Laufe der Aussprache über den Geschäftsbericht zustande kam: der Name der Partei hat eine Vereinfachung erfahren. Wir nennen uns künftig statt VKPD. wieder KPD. Symbolisch wird damit zum Ausdruck gebracht, daß die Vereinigung durch das Herzblut der seinerzeit zur Verschmelzung bereiten linken USP.- und Spartakusbundgenossen besiegelt ist. Stürmischer Beifall unterstrich die Ausführungen des Genossen Koenen, als dieser sich für den Antrag des Bezirks Mittelrhein, der diese Namensvereinfachung vorschlug, einsetzte."

Breslauer Nachrichten.

An die Zehnergruppenführer.

Die gesamte Parteiorganisation muß eingestellt sein auf die höchste Aktivität. Jedes Mitglied muß in den jetzt kommenden Lohn- und Steuerkämpfen, Demonstrationen und Streiks für die Herstellung einer kampfbereiten Einheitsfront mitarbeiten.

Um das möglich zu machen, muß jeder Zehnergruppenführer sofort zu jedem einzelnen Genossen in die Wohnung gehen und ihn fragen:

1. Ob in seinem Betrieb und in seiner Gewerkschaft eine Fraktion besteht,
2. ob die Fraktion Stellung genommen hat zu den Lohnbewegungen,
3. ob von der Fraktion das Material (Nebedispositionen, Resolution und Anleitung der Partei) vom Ortsgruppenvorsitzenden abgeholt sind,
4. ob in dem Betrieb und in der Gewerkschaft bereits Stellung genommen ist zu der Teuerung, hat in diesen Versammlungen ein Genosse von uns gesprochen, ist die Resolution angenommen,
5. wenn keine Fraktion besteht, muß der Genosse mit der Bildung sofort beauftragt werden. Material gibt es durch die Partei,
6. wenn keine Betriebs- oder Gewerkschaftsversammlungen stattgefunden haben, sind diese sofort einzuleiten, Material hierzu auch von der Partei anfordern.

Genossen, die gesamte Partei, jedes einzelne Mitglied muß aktiv in die jetzigen Kämpfe eingreifen und ihr als Zehnergruppenführer habt die Aufgabe, jedes Mitglied zu mobilisieren.

An die Arbeit, dann wird der Erfolg nicht ausbleiben.

Unerhörte Zustände im Breslauer Untersuchungsgefängnis.

Die politischen Gefangenen werden mißhandelt.

Wir hatten uns bereits mehrfach mit der skandalösen Behandlung zu beschäftigen, der die politischen Inhaftierten der Breslauer Bastille unter der Herrschaft des Orgeschdirektors Langer ausgesetzt sind. Während die Aulock-Bestien längst wieder auf freiem Fuß sind, während den schwerreichen Millionenschiebern und den wegen gemeiner Verbrechen inhaftierten oberschlesischen Selbstschutzbanditen das Breslauer Untersuchungsgefängnis angenehm wie ein Sanatorium gemacht wird, ist es für die Kommunisten eine Folterkammer im wahren Sinne des Wortes. Die Taten Pöhners, die bayerische Gefängnisschmach, finden jetzt ihr Gegenstück in der schlesischen Gefängnisschmach, die immer unerträglicher für ihre Opfer wird.

Monatelang sind unsere Genossen ohne den Schatten eines Verdachtsgrundes eingesperrt. Sie werden in schärfster Einzelhaft gehalten. Jeder Kontakt untereinander oder mit den anderen Gefangenen ist ihnen bei strengster Strafe verboten. „Die Ernährung", so schreibt uns einer von ihnen, „ist schlimmer als Schweinefutter. Tag für Tag nichts als schlechtverkochte, steinharte Hülsenfrüchte und ekelhafte Wassersuppen, niemals auch nur das kleinste Stück Fleisch. Viele von uns leiden an regelmäßigem Durchfall und Erbrechen. Pakete dürfen wir nach der neuesten Verfügung des Menschenschinders Langer nur noch zweimal im Monat empfangen, selbst die Pakete der „Roten Hilfe" händigt man uns nicht öfter aus. Entgegen der Vorschrift werden die Pakete ohne unser Beisein geöffnet, so daß wir niemals wissen können, um wieviel Pfund man sie vorher „erleichtert" hat. Man läßt die Pakete meist absichtlich so lange in der Expedition liegen, bis die Lebensmittel hart, verschimmelt oder verdorben sind.

Nachdem der Genosse Klein in der vorigen Woche tagelang grundlos in die Arrestzelle gesperrt wurde, ist es nunmehr zu schweren Mißhandlungen von Gefangenen gekommen. Am Donnerstag, den 25. August fiel der Wachtmeister **Badele**, offenbar auf höhere Weisung, bei der Freistunde über den Genossen **Heinz Neumann** her, packte ihn von hinten, und schlug ihn mit voller Wucht auf Rücken und Schulter. Als Genosse Neumann energisch dagegen protestierte, wurde er abermals schwer mißhandelt und von hinten in den Treppenflur gestoßen.

Genosse Neumann erhob nunmehr schriftlich Beschwerde wegen Körperverletzung und Mißhandlung. Der Erfolg war, daß am Sonntag der Gefängnisinspektor in seiner Zelle erschien und ihm eröffnete, daß ihm sämtliche Vergünstigungen, wie Besuchempfang, Schreiberlaubnis, Leseerlaubnis, Paketempfang usw. entzogen würden. Bei der geringsten Gelegenheit würde von der Waffe Gebrauch gemacht werden, denn Macht ginge vor Recht.

Man hat uns also offen mit Mord bedroht. Wir haben nicht den geringsten Anlaß, diese Drohung für einen Scherz zu halten. Wir sind der festen Ueberzeugung, daß die zahllosen Schikanen, Schuhriegeleien und Mißhandlungen, die wir tagtäglich über uns ergehen lassen müssen, nur ein Vorwand sind, um uns zum „Widerstand" zu provozieren und dann ein Kommunistenmassaker im Gefängnis zu veranstalten.

Wir fordern euch auf, Klassenbrüder, die ihr in Freiheit seid, uns vor den Mordplänen der weißen Schergen zu schützen."

Diese Zeilen beleuchten grell die skandalösen Zustände in der „deutschen Republik", für deren Erhaltung Millionen Arbeiter demonstrieren. Die Monarchisten und Reaktionäre haben den größten Einfluß in der Verwaltung und in der Justiz. Die Behandlung unserer Gefangenen in Breslau durch diesen Reaktionär Langer, in Schweidnitz durch die Aulockbestien Waker und Boskup, die von den weißen Richtern gerade gut genug gefunden werden Kommunisten zu „bewachen", zeugt davon. Arbeiter, erkämpft die Freilassung aller politischen Gefangenen. Kämpft, bis die Schmach der weißen Richter beseitigt ist: die Schmach, die den Mörder v. Hirschfeld aus Moabit beurlaubt und Kommunisten im Zuchthaus verkommen läßt.

Arbeiter, helft Sowjetrußland!

Das Hilfskomitee für Sowjetrußland hat sich gebildet. Es fordert auf, überall in den Betrieben, Büros, in den Mietskasernen zu werben und zu sammeln für die von Hunger und Krankheit bedrohten russischen Brüder. Für Breslau ist die Hauptsammelstelle: Schlesische Arbeiterzeitung, Nikolaistraße 49—50. Weitere Sammelstellen sind bei den Genossen: Frau Standke, Brandenburger Straße Nr. 58, V; Ernst Liebner, Schwenckfeldstraße 20, IV; Wilhelm Heider, Bergstraße 29, II; Frau Kupke, Ofenerstraße Nr. 25, I.

Neue Bestimmungen für Uebergangskranke.

Ueber die Behandlung der Versorgungskranken bringt die Presse folgende Auslassung:

Für die Lazarettinsassen, die sich seit ihrer Entlassung aus dem Militärverhältnis wegen der Folgen einer Dienstbeschädigung ununterbrochen in Versorgungskrankenhausbehandlung befinden, bestehen bekanntlich große Schwierigkeiten beim Uebergang in geordnete Arbeitsverhältnisse.

Um diesen Kranken den Uebergang in das wirtschaftliche Leben weiterhin zu erleichtern, ist es angezeigt, sie für die ersten Monate nach der Krankenhausentlassung finanziell sicherzustellen, sie nach Aufhören der Uebergangsgebührnisse sofort in den Genuß der Rente treten zu lassen und ihnen baldigst eine geeignete Arbeitsgelegenheit zu beschaffen.

Es ist vom Reichsarbeitsministerium daher bestimmt worden: Uebergangskranke, die einer eigentlichen Krankenhausbehandlung nicht mehr bedürfen, sind aus den Versorgungskrankenhäusern zu entlassen. Sie erhalten vom Tage dieser Entlassung auf die Dauer von zwei Monaten ein Uebergangstagegeld von 24 Mark, das sich für jedes eheliche oder diesem gleichgestellte Kind um täglich 2,40 Mark erhöht.

Uebergangskranke, die aus der Krankenhausbehandlung entlassen sind oder werden, sich aber gewissen, im voraus bestimmten Operationen von Zeit zu Zeit zu unterziehen haben und daher in ein geordnetes Arbeitsverhältnis nicht eintreten können, erhalten gleichfalls das Uebergangstagegeld für die zwischen den einzelnen Operationen liegende Zeit.

Bedarf der Uebergangskranke nach der Krankenhausentlassung noch ambulanter ärztlicher Behandlung, ohne daß ihm wegen seines Leidens die Aufnahme geordneter Arbeit möglich ist, so soll ihm das Uebergangstagegeld auch über die vorerwähnten zwei Monate hinaus gezahlt werden.

Neben dem Uebergangstagegeld wird nur die einmalige Uebergangsunterstützung gezahlt.

Das Uebergangstagegeld wird ferner bis zur Dauer von einem Monat solchen Versorgungskranken gewährt, die sich seit dem 1. Dezember 1920 ununterbrochen zur Behandlung in Versorgungskrankenhäusern befunden haben und nach dem 1. April 1921 entlassen worden sind und entlassen werden.

Frauen u. Mädchen der Arbeiterklasse!

Wollt ihr den Sturz der kapitalistischen Ordnung, die euch zu Fabrik- und Haussklaven macht, Wollt ihr den Aufbau des Kommunismus, der euch vom Elend und von der Unterdrückung befreit,

dann werbt unermüdlich Leser für die kommunistische Presse. Jeder neue Leser ist ein Soldat in der Kampffront des Proletariats gegen den Kapitalismus, gegen den Brotwucher, den Steuerraub und die Verelendung der Arbeitermassen.

Die Hauptfürsorgestellen und Fürsorgestellen werden darüber hinaus bemüht sein, sich der Uebergangskranken sowie der schon lange in den Versorgungskrankenhäusern befindlichen Versorgungskranken besonders anzunehmen, und ihnen vorzugsweise Arbeit und Wohnung nachweisen.

Muß zusammengeklebtes Papiergeld in Zahlung genommen werden?

Im täglichen Verkehr stößt man immer wieder auf Widerstand bei Abgabe oder Zahlung von zusammengeklebtem oder zerrissenem Papiergeld. Grundsätzlich ist aber niemand — auch Postanstalten und staatliche Behörden — nicht berechtigt, einen Geldschein deswegen zurückzuweisen, weil er beschädigt oder ausgebessert ist, wenn nicht wesentliche Teile zerstört oder unkenntlich gemacht sind. Andererseits muß aber verlangt werden, daß die Prüfung der Echtheit der beschädigten Scheine ohne Mühe und Zeitverlust geschehen kann. Sind etwa größere Teile des Geldscheines, wie die Nummer, zerstört oder durch undurchsichtiges Papier überklebt, so kann der Empfänger die Annahme verweigern. Das gleiche gilt für Scheine, die zwar unbeschmutzt, aber zerrissen oder ungenau zusammengeklebt sind, wenn Hartmünzen verbeult, durchlöchert oder bis zur Unkenntlichkeit abgegriffen sind. In allen Fällen, in denen die Umtauschfähigkeit zweifelhaft ist, ist die Annahme der Geldscheine abzulehnen und die Besitzer der Geldscheine sind mit dem Auftrag auf Ersatz bei Reichskassenscheinen an die Reichsbank und bei Darlehenskassenscheinen an die Hauptverwaltung der Darlehenskassen zu verweisen. Weigert sich dagegen ein Empfänger unberechtigt, geklebtes oder beschmutztes Papiergeld anzunehmen, das richtig geklebt und genau mit der Nummer erkennbar ist, so treffen ihn die Rechtsfolge des Annahmeverzuges. Weigert sich z. B. ein Postbeamter, einen solchen Schein anzunehmen, obwohl er von dem Einlieferer darauf aufmerksam gemacht wird, daß die Annahmeverweigerung große geschäftliche Nachteile bedeuten, so ist es nicht ausgeschlossen, daß die Post oder zum mindesten der Beamte für diesen Schaden haftbar gemacht werden kann.

Neue Fälschungen von Steuermarken. Nachdem die Einkommensteuermarken über 25 Mark infolge zahlreicher Fälschungen durch das Reichspostministerium außer Kurs gesetzt worden sind, haben sich neue Fälscher gefunden, die falsche Einkommensteuermarken über 20 Mark herstellen. Die Fälschungen sind nicht auf Wasserzeichenpapier hergestellt, aber im übrigen so gut gelungen, daß sie kaum als falsche Marken zu erkennen sind. Auffällig ist nur, daß bei den Fälschungen an den Kreuzungsstellen der wagerechten und senkrechten Perforierlinie fast stets mehrere Löcher unregelmäßig zusammenlaufen, so daß an diesen Stellen im Papier vielfach größere Löcher entstehen. Doch sind diese Merkmale nur bei ganzen Bogen zu beobachten, aber nicht mehr festzustellen, wenn die Marken schon in die Steuerkarten geklebt sind.

Kriegsdienstanrechnung in der Angestelltenversicherung. Für die Kriegsdienstzeiten hat die Reichsversicherungsanstalt für Angestellte bisher etwa 127 000 Versicherten rund 32 Millionen Mark gutgeschrieben, ohne daß Beiträge entrichtet zu werden brauchten. Auf einen Angestellten entfallen durchschnittlich etwa 409 Mark. Es ist anzunehmen, daß viele die Anrechnung noch nicht beantragt haben. Einen Vordruck dafür enthalten die an die Arbeitgeber versandten Vordrucke für die Anträge auf Uebersendung eines Kontoauszuges, die auch bei der hiesigen Ausgabestelle der Angestelltenversicherung im Versicherungsamt, Berliner Straße 64, zu haben sind.

Aus der Provinz.

Kotzenau. Am 31. August fand auch hier ein Demonstrationsumzug statt, an dem sich über 1000 Personen beteiligten. Der Zug bewegte sich durch die Straßen der Stadt nach dem Rathause, wo vom Balkon aus Genosse Schäfer (SPD.) die Menge begrüßte und den Zweck der Demonstration erklärte. Er erhob schärfsten Protest an dem politischen Meuchelmord an Erzberger und streifte dabei die früheren politischen Mordtaten an unsern Führern. Es sei daher unsere Aufgabe, einig und geschlossen zusammenzustehen und scharf vorzugehen, was leider am Anfang der Revolution nicht geschehen ist. Viel zu anständig sei mit den Herrschaft umgegangen worden, darum erhebt die Reaktion ihr Haupt frecher denn je. Was heut an Erzberger geschehen ist, kann morgen einem Führer der SPD. passieren, darum sollen wir aus den alten Fehlern lernen und nicht nur reden sondern auch handeln. Die aufgestellten Forderungen (welche auch in der Schlesischen Arbeiterzeitung enthalten sind) fanden einstimmige Annahme.

Als nächster Redner sprach Genosse Obst von der KPD. Ausgehend vom 9. November 1918 kritisierte er scharf das Verhalten der damaligen Koalitionsregierung, welche es nach der Nationalversammlung verstanden hatte, die A.- und S.-Räte abzuwürgen und so der Reaktion zu ihrer heutigen Machtstellung Vorschub geleistet hat. Die erste Folge davon war der Kapp-Putsch. Tausende von Arbeitern wurden hingemordet. Währenddem die Kappverbrecher immer noch frei umherlaufen, sieht man auf der anderen Seite, wie brutal die weiße Justiz gegen die Arbeiter vorgeht. Ueber 3000 Jahre Zuchthaus- und Gefängnisstrafen sind bei der Bewegung in Mitteldeutschland von den Sondergerichten verhängt worden, darum fordern wir: Befreiung aller politischen Gefangenen. Weiter forderte Genosse Obst auf, aus den bürgerlichen Sportvereinen auszutreten, weil deren führende Persönlichkeiten nur im Sinne der Reaktion wirken, uns mit unserem Gelde bekämpfen, und einzutreten in die freie Arbeiter-Sportbewegung. Zeigen wir der Bourgeoisie, daß wir verstehen, unsere Forderungen in die Tat umzusetzen, indem wir einig und geschlossen handeln. Reicher Beifall lohnte die Ausführungen unseres Redners.

Genosse Schäfer unterstrich nochmals die Ausführungen unseres Genossen Obst und ermahnte die Anwesenden, das Gehörte zu beherzigen und danach zu handeln.

Hahnau. Am Sonnabend, den 27. August 1921, fand in Göllschau eine öffentliche Volksversammlung der KPD. statt. Genosse Hamann sprach über „Was haben die Kleinbauern und Landarbeiter zu erwarten?" Genosse Hamann verstand es, den Anwesenden klar und sachlich den Weg zu weisen, der zu besseren Verhältnissen führen kann. In der Diskussion konnte sich Herr von Deppwitz selbstverständlich nicht mit den kommunistischen Zielen einverstanden erklären. Genosse Hamann gab ihm die gebührende Antwort. Dann sprach ein Anhänger der SPD. Wir berichteten schon einmal über Heldentaten der Höllschauer SPD.-Leute, so wollte nun auch dieser für seine Getreuen noch was retten, aber vergebens. Den Taten dieser Helden ist es zu verdanken, daß wir am Schluß 11 Neuanmeldungen und etliche Uebertritte zu verzeichnen hatten, so daß eine neue Ortsgruppe von revolutionären Kämpfern in Sicht ist.

Versammlungskalender.

KPD., Penzig, Dienstag, den 6. September, abends 7,30 Uhr: Mitgliederversammlung bei Genossen Förster. Wichtige Tagesordnung. Erscheinen aller ist Pflicht. — Abends 7,30 Uhr kommunistische Metallarbeiter im Parteibüro.

Verantwortlicher Redakteur: Richard Janus, Berlin. Verlag Sozialistischer Verlag. e. G. m. b. H., Breslau. Druck: Friedrichstadt-Druckerei. G. m. b. H., Berlin SW 48.

Bekanntmachung.

Abschlagszahlung für Gas, Wasser und Strom.

Die Entnehmer von Gas, Wasser und elektrischen Strom sind durch besondere Zustellungen aufgefordert worden, für ihren Verbrauch in den Monaten Juli und August 1921 Teilzahlungen zu leisten. Die für den Augustverbrauch gestellte Frist ist am 31. August 1921 abgelaufen. Alle im Verzuge befindlichen Zahlungspflichtigen werden dringend ersucht, die rückständigen Beträge nunmehr bis spätestens 5. September 1921 an die Kasse der Betriebswerke zu zahlen. Andernfalls werden die Beträge gegen eine Gebühr von 1 M. durch Beauftragte der Kasse abgeholt werden. Wenn auch an diese nicht gezahlt wird, behalten wir uns vor, die Lieferung einzustellen und die Messer wegzunehmen.

Städtische Betriebsdeputation.

Zeltgarten
Täglich 7½ Uhr:
Einziges Sommervarieté
in Breslau.

Offene Beine
alte bösart. Geschwüre, Flechten, Krätze, Hautjucken gebe Auskunft über Heilung ganz umsonst, nur Rückmarke erwünscht.
Roland,
Heiligenstadt (Eichsfeld). B231

Wo?
kaufe ich am billigsten:
Gummiband,
Hosenträger,
Leinen-Köper,
Schürzenband,
Schneidermaasse,
Miederstrippe?
bei
L. Lehmann
Breslau, Poststr. 7
Großpreisliste gratis.
Muster per Nachnahme.

Ich bestelle hiermit ___ Exemplar der
„Schlesischen Arbeiter-Zeitung"
Erscheint täglich mit Ausnahme des Montags.
Abonnementspreis frei Haus monatlich 6.10 M., wöchentlich 1.50 M.

Name: ______________________

Beruf: ______________________

Ort: ______________________

Straße und Hausnummer: ______________________